17.04.2021

INFOPERU76

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. Editorial No 76 (Hildegard Willer)
2. Wahlsieg des andinen Populismus… (Andreas Baumgart)
3. Düstere Aussichten für Präsidentschaftswahl (Andreas Baumgart)
4. Fotogalerie: Retrospektive Kandidat*innenkür (Hildegard Willer & Sondra Wentzel)
5. Eine Abraumhalde für Limas Wasserader (Elizabeth Zamalloa)
6. „Wir sehen uns jetzt viel öfter“. Interview mit Michael Schrick (Clara Uhlemann)
7. Revolution mit einem Finger (Hildegard Willer)
8. Zwangssterilisierte Frauen wollen Gerechtigkeit (Andrea Carrasco Gil)
9. Keine kluge Strategie gegen den Terrorismus (César Bazán Seminario)
10. Altbischof Luis Bambarén ist tot (Heinz Schulze)
11. Impfgate in Peru (Heinz Schulze)
12. Kurz gemeldet April 2021
13. ISP-News – April 2021
14. Ankündigungen
15. Neue E-Mail-Aktion: Lieferkettenbrief an Abgeordnete schicken!

1. Editorial No 76

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

als ich am Wahlsonntag mehrere Wahllokale im gut situierten Stadtteil Miraflores abklapperte, sah ich, dass sich vor mehreren Lokalen Schlangen vor allem älterer Menschen gebildet hatten. Sie warteten bis zu 3 Stunden in der Sonne, um ihrer Bürgerpflicht nachzukommen – und dies, obwohl die über 65-jährigen in Peru als einzige von der Wahlpflicht ausgenommen sind. Der Grund für ihr Warten: die vorher per Los bestimmten Wahlhelfer*innen hatten ihren Dienst nicht angetreten. Die Mitarbeitenden der Wahlbehörde mussten freiwillige Wahlhelfer ad hoc rekrutieren. Einige Wahltische konnten deswegen erst nach Stunden geöffnet werden. Vor allen in einigen reichen Stadtteilen sind die Wahlhelfer*innen nicht zum Dienst erschienen, denn sie können es sich leisten, die umgerechnet rund 60 Euro Strafe zu zahlen. Der Grund für das Schwänzen vor der Bürgerpflicht war oft die Angst vor einer Corona-Ansteckung. Statt ihrer selbst, gefährdeten sie aber die alten Mitbürger, die recht gedrängt stundenlang auf die Öffnung ihrer Wahltische warteten.

Letztlich liefen die Wahlen gut organisiert und ohne Zwischenfälle ab. Aber die Präsenzwahlen stellten sicher einen Anachronismus dar: kein peruanisches Schulkind hat seit über einem Jahr seine Schule von innen gesehen; allenthalben wird Online- oder Whatsapp-Unterricht abgehalten, viele arbeiten seit über einem Jahr im Homeoffice. Und doch war es nicht möglich, eine Briefwahl oder eine elektronische Wahl zu gestalten, welche die Bürger*innen besser vor der Ansteckung durch Corona schützte.

Denn Corona ist weiterhin das grosse Thema hier in Peru. Kaum eine Familie, die nicht Kranken und sogar Tote in ihren Reihen hat. Die zweite Corona-Welle ist in Peru nie abgeebbt und seit die brasilianische Mutante im Land ist, schnellen die Fall- und damit auch die Todeszahlen wieder in die Höhe. Menschen harren weiterhin verzweifelt auf Sauerstoff und ein Intensivbett. Und viele sterben, weil es von beidem viel zu wenig gibt in Peru.

Die neue Regierung – wer immer sie stellen wird- wird sich zuallererst um Corona und seine Folgen kümmern müssen. Wie die Impfungen vorangetrieben werden können – und hoffentlich auch, wie das desolate öffentliche Gesundheitssystem reformiert werden kann.

Die zwei Ersten des Wahlsonntags – Pedro Castillo und Keiko Fujimori – haben zusammen gerade mal 32% der Wählerstimmen erhalten. Das heisst 68% haben weder für Keiko noch für Castillo gestimmt. Um diese 68% an Stimmen wird in den nächsten 6 Wochen bis zur Stichwahl ein heftiger Kampf entbrennen.

Ich hoffe, dass ich viele von Euch am nächsten Wochenende zum Online-Jahresseminar der Infostelle am Bildschirm antreffen werde und wir über die politischen und sonstigen Perspektiven Perus ins Gespräch kommen.

Ihre Hildegard Willer

2. Wahlsieg des andinen Populismus…

…… und ein zersplitterter Kongress. Andreas Baumgart analysiert die Wahlen in Peru.

Der Wahlsieg des allgemein als links bis linksradikal eingestuften Präsidentschaftskandidaten *Pedro Castillo* von *Perú Libre* hat für große Überraschung gesorgt. Er geht nun mit der Zweitplatzierten *Keiko Fujimori* von *Fuerza Popular*, die der radikalen Rechten zugeordnet wird, am 06. Juni in die Stichwahl. Momentan überwiegen noch Entsetzen, Ratlosigkeit, Angst und Sorge angesichts dieses Ergebnisses. Für die große Mehrheit der Peruaner*innen sieht es ersteimal nach einer Wahl zwischen „Cholera und Pest" aus, sofern sie überhaupt eine Wahl treffen möchten. Eine besondere Tragödie vor dem Hintergrund der schon grassierenden Corona-Epidemie und dramatischen ökonomischen wie politischen Krise.

Das unvorhergesehene Ergebnis hat die Debatte über die kulturelle Heterogenität der Gesellschaft, die starken Gegensätze zwischen Reichtum und Armut, Stadt und Land, zwischen Anden und Küste, Anden und Amazonas sowie Regionen und Hauptstadt stark befeuert. Wie gut kennen wir das „tiefe Peru", fragen sich viele Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern und auch sozial und zivilgesellschaftlich engagierten Menschen mit Wohnsitz in Lima und anderen größeren Städten.

Die Situation ist ausgesprochen kompliziert, die Gemüter erhitzt und viele Kommentare und Analysen sind Schnellschüsse, die in vielen Fällen entweder an der Realität vorbeigehen, sie nur bruchstückhaft einbeziehen oder persönliche Befindlichkeiten wiedergeben, die zwar verständlich, aber nicht hilfreich sind, möchte man ein möglichst realistisches Gesamtbild erhalten.

Viele Aspekte der Wahl sind aber nicht so rätselhaft, wie sie momentan erscheinen und viele Selbstzweifel, die besonders im Lager der unterlegenen traditionellen und neuen Linken von *Juntos por el Peru* und *Frente Amplio* zur Zeit geäußert werden sind nur zum Teil angebracht. Für fast alle Phänomene gibt es nachvollziehbare Gründe und die gesellschaftlichen Probleme sind schon lange bekannt. „Jetzt müssen wir erst einmal zuhören", hat Veronika Mendoza von dem Linksbündnis *Juntos por el Perú* in Hinblick auf kommende Entwicklung und politischen Positionierungen gesagt. Das ist so richtig und wichtig wie unaufgeregte Analysen, die in nächster

Zeit hoffentlich über die politische Konjunktur hinaus in die Tiefe gehen. Es sind noch 8 Wochen bis zu der Stichwahl und in dieser Zeit werden Pedro Castillo und Keiko Fujimori zahlreiche Verhandlungen mit den anderen Parteien führen und Kompromisse schließen. Was dann noch von den vielen Versprechungen und unversöhnlichen Positionen übrigbleibt, werden wir sehen.

Meine hier vorgestellte Analyse ist eine Vorläufige und erhebt weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch absolute Richtigkeit und ist aus Sicht einer (selbst-) kritischen linken Position heraus geschrieben. Der Schwerpunkte liegen dem Wahlresultat entsprechend auf der Einordnung von *Pedro Castillo* und der Partei *Peru Libre*, für die er quasi als Gast kandidiert hat. Ebenfalls auf dem Abschneiden der anderen als *links* eingestufter Parteien mit nationaler oder bisher regionaler Reichweite und auf einer Einschätzung möglicher Parteibündnisse auf Basis programmatischer und ethisch-moralischer Übereinstimmungen. Die wichtigsten Parteien aller politischen Ausrichtungen sind in früheren Artikeln vorgestellt und werden hier ohne vertiefende Erläuterungen angeführt.

Das bisherige Wahlergebnis

Noch gibt es kein amtliches Endresultat, aber nach Auszählung von 99% der Wahlakten ist das Gesamtbild klar. Das Ergebnisse für die Aufteilung der Sitze im Kongress ist in wenigen Tagen zu erwarten. Ein realistisches Bild über die politischen Kräfteverhältnisse ergibt sich dabei nur, wenn die Ergebnisse für die Präsidentschaft getrennt von denen des Kongresses betrachtet werden. Die Präsidentschaft bestimmt die Regierung, der Kongress die tatsächliche Repräsentativität der Parteien und deren Stärke. In der folgenden Übersicht sind Ergebnisse in Prozent und Stimmenanteilen angeführt, um auch sehen zu können, von wieviel Wähler*innen wir jeweils sprechen. Die Parteien, die weit unter der 5%-Hürde bleiben hier außen vor. (Siehe Tabelle unten)* Ausgehend von dem offiziellen Auszählungsstand der ONPE vom 15.04.2021, sehen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl folgendermaßen aus:

1. *Perú Libre* mit ***Pedro Castillo*** **19,11**%; **2**. *Fuerza Popular* mit ***Keiko Fujimori*** **13,36**%; **3**. *Renovación Popular* mit ***Rafael López Aliaga*** **11,68**%; **4**. *Avanza País* mit ***Hernando de Soto*** **11,58**%; **5**. *Acción Popular* mit ***Yonhy Lescano*** **9,10**%; **6** *Juntos por el Perú* mit ***Verónika Mendoza*** **6.63%**; **7**. *Alianza para el Progreso* mit ***César Acuna*** **6,03**%; **8.** *Victoria Nacional* mit ***George Forsyth*** **5,62**%; **9.** *Podemos Peru* mit ***Daniel Urresti*** **5.61%; 10.** *Partido Morado* mit ***Julio Guzmán*** **2,24%; 11**. *Partido Democrático Somos Peru* mit ***Salaverry***: **1,66**%; **12.** Frepap nur Kongress mit **4,63**%;

Mit **29,8%** sind trotz der Wahlpflicht noch nie sind so viele Menschen den Wahlurnen ferngeblieben und noch nie wurden so viele Stimmzettel leer oder ungültig abgegeben. Hinsichtlich der Präsidentschaft sind es ca. **18%** der abgegeben Stimmen und hinsichtlich des Kongresses sogar **ca.25%.**

Noch steht nicht exakt fest, wie viele Parteien am Ende die 5%-Hürde oder andere Kriterien erfüllen, um in den Kongress einziehen zu können. Es könnten zwischen 9 und 12 werden.

Ein herber Schlag gegen Frauenemanzipation

Die Analyse bezieht sich auf die Wahlergebnisse und nicht auf die peruanische Gesellschaft als solche. Alle Parteien haben wenige Stimmen und sind deshalb weder für Mehrheiten repräsentativ noch drücken sie homogene Parteipositionen aus. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass es keine starken traditionellen Parteien mehr gibt und es sich dabei um lose Gebilde unterschiedlicher Interessensgruppen und Personen bis hin zu Familienclans handelt, die sich von Konjunktur zu Konjunktur häufig wechselnde Führer scharen. Allgemeine gesellschaftliche Trends spiegeln sich aber in ihnen wider.

Auf Wahlebene stellt das Ergebnis einen herben Schlag gegen Frauenemanzipation, Feminismus, sexuelle Selbstbestimmung, Genderstandpunkt und Abtreibungsrecht dar. Trotz einiger Unterschiede im Detail und Fanatismus, treffen sich hier fast alle Parteien auf den oberen Rängen: *Peru Libre*, *Fuerza Popular, Renovación Popular, Avanza Pais, Alianza para el Progreso* und *Podemos Peru*. Ebenso lässt sich von einem Sieg des autoritären Zeigefingers in Schule und Gesellschaft sprechen. Im Kongress könnte eine Mehrheit für den Rückfall in Bildungsinhalte entstehen, aus denen alle lebensweltlichen modernen Inhalte gelöscht und das alte patriarchalische Familienmodell und die traditionelle Sexualitätsfeindlichkeit wieder einkehren. Bei wenigen Ausnahmen wie z.B. *Veronika Mendoza* von *Juntos por el Perú*, haben wir einer autoritären Caudilla Keiko Fujimori und vielen männlichen Pendants zu tun. Insofern ist es auch ein Sieg des Populismus mit seiner Hoffnung auf heilbringende Führer*innen, der mit einer gefährlichen Verachtung des demokratischen Rechts und der Gewaltenteilung einhergeht. Außerdem haben wir es mit einem Sieg des klassischen ökonomischen Fortschrittsglaubens zu tun, der die weitere massive Zerstörung der Umwelt einschließt. Das Ende der einzigen links-ökologischen Partei „*Frente Amplio*“ zeugt u.a. davon. *Perú Libre* spricht sich zwar für eine „verantwortliche Rohstoffförderung“ aus - das neue Modewort von links bis rechts - und das Ende einiger Großprojekte, jedoch nicht vorrangig aus ökologischen Gründen, sondern zur Vermeidung gesellschaftlicher Konflikte. *Perú Libre* ist nicht umweltfreundlich, sondern spricht sich für die Ausbeutung des Landes durch nationale Firmen aus, was die weitere „Erschließung“ des Amazonas miteinschließt. Von der Förderung von Gas, Öl, Uran, Lithium, Kupfer und anderen Rohstoffen sollen die peruanische Wirtschaft und endlich auch die marginalisierten Provinzen profitieren.

Gleichzeitig lässt sich von einem **Sieg des rechten politischen Lagers** im weitesten Sinn sprechen. Nimmt man dessen Stimmen zusammen, bildet es den stärksten ideologisch verwandten Block im Kongress. Ich habe mir die Ergebnisse der Wahlen von 2016, 2020 und 2021 in absoluten Zahlen einmal genauer angeschaut. Dabei hat sich gezeigt, dass die linken und die

außerhalb Limas verankerten, andin-populistischen oder religiöse Parteien von 2016 zu 2020 einen starken Aufstieg und nun wieder einen deutlichen Abstieg erlebten. Der Verlust von 2020 zu 2021 beträgt ca. 2 Mio. Stimmen! (Dazu habe ich eine Tabelle erstellt, bei allen Vorbehalten der Vergleichbarkeit) * Diese verlorenen Stimmen verteilen sich nun mehrheitlich auf die extreme Rechte und weniger auf die Mitte. Ob noch Statistiken der Wähler*innen-Wanderung veröffentlicht werden, kann ich nicht sagen.

Große Verlierer sind die **Indigenen Gemeinschaften im Amazonas**, die nicht durch den andinen Populismus repräsentiert werden und unter dessen ökonomistischem Fortschrittsmodell weiter leiden werden. Der Sieg Castillos drückt den Protest eines Teils der andinen Welt und den vernachlässigten Provinzen vom Süden bis Norden Perus aus, der mit einer starken Hoffnung auf ökonomische Umverteilung und Teilhabe am monetären Reichtum, Gesundheitsversorgung, Bildung und gesellschaftliche Aufwertung und Gleichstellung der andinen Bevölkerung verknüpft ist. Und 19% der Wählerschaft setzten ihre Hoffnungen auf einen Kandidaten, der noch nicht mit etablierter Politik identifiziert wird und dessen Partei bisher nicht im Parlament repräsentiert wurde. Nicht zuletzt drückt die Wahl sowohl den Protest gegen und Gleichgültigkeit gegenüber dem parlamentarischen Betrieb als auch der politischen Sphäre als solche aus. Im Verhältnis zum mickrigen Ergebnis der Parteien, ist die „Partei“ der Nicht- und Blankowähler*innen der große Sieger.

Foto: Sondra Wentzel

Überraschender Sieger Pedro Castillo

Dass *Pedro Castillo* vor dem Hintergrund der neoliberalen Dominanz und wertekonservativen Offensive die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, ist überraschend, aber erklärbar. Ein wenig davon habe ich schon implizit dargestellt. Die Wahlumfragen in den Wochen vor der Wahl haben die Präferenzen für die Kandidat*innen erstaunlich gut wiedergegeben. Da eine Woche vor der Wahl keine Umfragen mehr veröffentlicht werden durften, wurde der Aufstieg von *Castillo* nicht

öffentlich bekannt. Die Umfragen fanden aber statt und kreisten quasi unter der Hand. Sie zeigten, wie *Castillo* innerhalb einer Woche mit zwischen 15% und 17% an die erste Stelle katapultiert wurde. Berücksichtigt man, dass 28% der potenziellen Wähler*innen hinsichtlich der Präsidentschaft und fast 50% hinsichtlich des Kongresses noch wenige Tage vor der Wahl nicht wussten, wen sie wählen werden, ist eine so starke Veränderung im Endresultat absolut möglich und die Richtung statistisch nicht voraussehbar. Das Ergebnis hat alle gleichermaßen überrascht, auch die Anhängerschaft der siegreichen Partei, soweit ich es den Statements und meinen persönlichen Nachfragen bei Wählern von Castillo entnehmen kann. Allerdings ist es kein neues Phänomen für Peru, dass Kandidaten kurz vor der Wahl wie ein Phönix aus der Asche aufsteigen. Das war z.B. bei Alberto Fujimori oder Humala ganz ähnlich.

Castillo lebt in Chota im Department Cajamarca in den nördlichen Anden, ist Grundschullehrer, Landwirt, Rondero und Kleinunternehmer. In der Partei- und Gremienpolitik ist er schon lange aktiv. Er ist im konservativen religiösen Milieu der evangelikalen der „Kirche des Nazareners“ aufgewachsen und teilt viele ihrer Ansichten. Das kommt in einigen seiner Statements auch deutlich zum Ausdruck. In einer Rede vor Ronderos in Chota sagte er: „wir gehen in die Kirche, wir sind Männer des Glaubens, wir glauben an die Familie“. Er ruft die Jugend dazu auf, zuerst an die Familie zu denken und nicht an den Werten und Prinzipien zu zweifeln, die ihnen in ihrer Erziehung eingeschärft wurden.

Ein protestantischer, konservativer Rondero

Castillo ist ein Verfechter der protestantische Arbeitsethik mit dem Prinzip des individuellen Fortkommens durch Arbeitsfleiß. „Der beste Dünger für die Erde ist der menschliche Schweiß“ sagt er und verweist auf die Arbeit, die Arbeit des Vaters, der die Familie ernährt. Er setzt auf den privaten nationalen Entrepreneur, der aber durch den Staat und die Gemeinschaft der kirchlichen Gemeinde und der Ronderos getragen wird. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass er Mitbegründer eines Unternehmens ist, dass auf die Durchführung infrastruktureller Projekte und Handelstätigkeit abzielt. Sehr nützlich, wenn mehr Geld durch seine Regierung in die Provinzen fließt.

Der gasierenden Kriminalität möchte er mit Hilfe von *Rondas* (Selbstverteidigungsgemeinschaften) in Stadt und Land beikommen. Er setzt nicht auf die Justiz, bürgerliches Strafrecht und Polizei, sondern auf die Selbstorganisation der betroffenen Bevölkerung. Die *Rondas* sollen von Staat finanziert und als offizielle Ordnungsorgane anerkannt werden. Der Hintergrund dazu ist die leidvolle historische Erfahrung, dass Kriminelle, Justiz und Polizei häufig kooperieren und gerade alteingesessene Andenbewohner*innen angesichts einer zudem rassistischen Justiz und Polizei selten zu ihrem Recht kommen. Gefängnisse möchte er durch Arbeitslager ersetzten, in denen die Häftlinge durch Arbeit für ihre Versorgung selber aufkommen müssen. Vorbild könnten die „Bootcamps“ in den evangelikalen Regionen der USA sein.

Frauen kommen in seinen Reden in der Regel nur in Gestalt von Hausfrauen (amas de casa) vor. *Castillo* lehnt Frauenrechte, Feminismus, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung ebenso wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Homosexualität und Abtreibung ab. In vielen Punkten seiner lebensweltlichen Einstellung stimmt er mit seinen politischen Gegner*innen *Keiko Fujimori*, *Aliaga* vom *Opus Dei* überein, aber auch mit vielen wertekonservativen marxistisch-leninistischen Vorstellungen, wie sie von *Vladimir Cerrón*, dem Gründer von *Peru Libre*, *Gregorio Santos* aus *Cajamarca* von *Democracia Directa* und Minderheiten innerhalb der linken Anhängerschaft von *Juntos por el Peru* und *Frente Amplio*, mal offen, mal schamhaft, vertreten werden.

Allerdings hat er auch angekündigt, einige der von ihm abgelehnten Einstellungen in einer neuen Verfassung demokratisch klären zu lassen.

Vom Toledo-Anhänger zum Lehrergewerkschafter

Politisch war *Castillo* viele Jahre in der ehemaligen Partei *Perú Posible* von *Alejandro Toledo* tätig. *Toledo* galt als erster Präsident des andinen Perus, politisch in der linken Mitte verortet. Breite Teile der andinen Bevölkerung und aus den städtischen Armutsgürteln sahen im „cholo sano y sagrado“, wie er genannt wurde, große Hoffnung auf Aufwertung und Wohlstand. Bekanntlich hat er alle enttäuscht und zählt zu den 6 wegen Korruption angeklagten ehemaligen Präsidenten Perus.

Castillo wurde einer breiteren Öffentlichkeit über Cajamarca hinaus bekannt, als er 2017 zu dem profiliertesten Anführer des großen Lehrer*innen-Streiks wurde, der 75 Tage Schulen und Universitäten lahm legte und erfolglos endete. Er führte eine Abspaltung der mächtigen Einheitsgewerkschaft der Lehrer*innen SUTEP an, die seit Jahrzehnten von der *Kommunistischen Partei „Patria Roja“* kontrolliert wird. Innerhalb der im SUTEP organisierten Lehrerschaft gab und gibt es, viel Kritik zu Recht an der Führung und deren Kontrolle über die Beiträge, Versicherungen und Kreditfonds. Gesetzlich ist nur die SUTEP zu Verhandlungen mit der Regierung ermächtigt und *Castillos* Kampf zielte darauf ab, eine zweite staatlich anerkannte Gewerkschaft zu etablieren, CONARE-SUTEP, seit 2019 als „Federación Nacional de Trabajadores en la Educación del Perú“ (FENATEPERU) firmierend. Innerhalb von CONARE waren und sind nachgewiesenermaßen zahlreiche Anhänger*innen von *Movadef* aktiv. Diese Organisation gilt als legaler politische Arm der marxistisch-leninistischen Terrororganisation *Sendero Luminoso*. Innerhalb der langen SUTEP-Tradition gab es immer wieder Auseinandersetzungen um die Kontrolle zwischen verschiedenen Kommunistischen Gruppierungen, darunter auch mit Sendero Luminoso. Der Plan ist nicht aufgegangen. Allerdings hat *Castillo* im großen Streik die Interessen der großen Mehrheit der mit der SUTEP-Führung und Regierungspolitik unzufriedenen Lehrerschaft vertreten.

Als Gast bei der Partei Peru Libre

Pedro Castillo gehört nicht zur Basis und dem Führungsclan von *Perú Libre*, sondern wurde am Tag der letzten Einschreibungsmöglichkeit der Präsidentschaftskandidat*innen auf Einladung von *Vladimir Cerrón* Mitglied der Partei. *Vladimir Cerrón* ist ein in Cuba als Arzt ausgebildeter Bürger aus dem Department Junin, der eine Reihe von regional Parteien in Junin gegründet hat, darunter zuletzt *Perú Libre*. Er war von 2011 bis 2014 Regionalpräsident, 2019 wiedergewählt und kurz darauf wegen Korruption abgesetzt. 2016 scheiterte sein Versuch, Präsident Perus zu werden, an mangelndem personellen Rückhalt. Kurz vor der Wahl zog er seine Kandidatur zurück. *Cerrón* bezeichnet sich als ein Vertreter marxistisch-leninistischer Ideologie und Anhänger von José Carlos Mariategui. Er sympathisiert mit dem „Sozialismus des XI Jahrhunderts" in Venezuela, Bolivien und Ekuador und verteidigt Cuba als sozialistisches Mutterland Lateinamerikas. Allerdings ist *Peru Libre* keine marxistisch leninistische Kaderpartei, sondern ein loser Zusammenhang von regionalen Interessens-Gruppen mit einem kleinen harten Kern, der durch den Familienclan *Cerrón* geführt wird. *Pedro Castillo* wurde eingeladen, um *Cerrón* 2021 als Präsidentschaftskandidat zu ersetzen, da dieser aufgrund seiner zu verbüßenden Strafe nicht antreten durfte. Er hat sich allerdings symbolisch als Vizepräsidentschaftskandidat auf Liste seiner Partei setzten lassen.

Ein andiner Populismus[1]

Castillo ist dagegen kein traditioneller Marxist-Leninist und ebenso wenig ein Verfechter des Terrorismus von Sendero. Als Rondero hat er das Eindringen Sendero Luminosos nach Cajamarca mit verhindert. In seine politisch-ideologischen Ausrichtung mischen sich sehr konservative moralische evangelikale Vorstellungen, extremer Nationalismus, Etatismus, völkische Ausrichtung, traditioneller Anti-Imperialismus, Versatzstücke des ML, Regionalismus, ungetrübter Fortschrittsglaube und eine große Portion Xenophobie. Diese Gemengelage charakterisiert einen großen Teil der Bewegungen, Parteien und Führungen aus den Andenregionen, die meines Erachtens nicht mit den alten Labels „Links" oder „Rechts" angemessen wiedergegeben werden. Wie *Castillo* selber sagt: „Die Menschen wählen nicht Links oder Rechts". Unter welches Label lässt sich dann bloß die politische und lebensweltliche Ausrichtung *Castillos*, *Cerróns*, *Santos* und

[1] *Der Begriff Populismus wird häufig verwendet, ist aber alles andere als eindeutig. Anbei in wenigen Sätzen, welche Vorstellung ich damit verknüpfe: Der Führer, eine Führerin oder ein führender Clan bezieht sich abstrakt auf „das Volk" und versteht sich als Verkörperung dessen Willens. Er „weiß instinktiv" was das Volk will. Daher steht er über dem Recht und beugt es je nach Bedarf. Seine Anhängerschaft bildet eine identitäre Gemeinschaft und ist bereit, ihr „Schicksal" in die Hand des oder der weisen, erleuchteten Führer*in zu legen. Individuelle Emanzipation wird zugunsten Identitäts-stiftender konservativer Normen und Dogmen unterdrückt. Ideologisch bedient sich der Populismus aus Versatzstücken unterschiedlichster politischen Ideologien. Er ist grundsätzlich autoritär, hierarchisch, machistisch und setzt auf die Macht des Stärkeren. Populismus grenzt alle aus, die als „volksfremd" bestimmt wird. Wer zum Volk zählt, bestimmt die Führung: Bolsonaro will „das Volk" bewaffnen, um gegen Linke und Kriminelle vorzugehen, Keiko bedankt sich für das Vertrauen „des Volkes" in sie und Castillo meint, „das Volk" habe mit seiner Wahl weise gehandelt. Offenkundig beziehen sie sich alle auf ein unterschiedliches Volk. Das macht den Begriff so nützlich.*

Co. bringen? Ich plädiere für den Begriff „*Andiner Populismus*“*. Der *Andine Populismus* weist Schnittstellen zu verschiedensten politischen Lagern auf. Mit der Linken von *Juntos por el Perú* und *Frente Amplio* verbindet ihn die Vorstellung einer starken Rolle des Staates, der nationale Souveränität, des Anti-Imperialismus und einem volksorientierten Patriotismus.

Warum die anderen linken Parteien verloren haben

In *Juntos por el Perú* und *Frente Amplio* bildet sich ein sehr viel differenzierteres Spektrum der peruanischen Bevölkerung und der aktiven Zivilgesellschaft ab. Insofern sind beide gesamtgesellschaftlich wesentlich repräsentativer und programmatisch umfassender als auch detaillierter aufgestellt. Viele Grundeinstellungen sind mit dem Andinen Populismus nicht vereinbar. Vertreter*innen des andinen Populismus werden nicht müde, *Mendoza* als Sinnbild und Verkörperung einer Lima-zentrierten, weißen „Kaviar-Linken“ zu diffamieren.

Es ist kein Zufall, dass Teile der Anhängerschaft von *Juntos* und *Frente Amplio* zugunsten des Andinen Populismus oder der politischen Mitte umgeschwenkt sind. Die einen wegen der einfacheren und radikaleren „linken“ Statements, die anderen aus Angst vor zu viel staatlichem Einfluss. Es ist gewissenermaßen eine Ironie, dass sich die „konservative Revolution“ auf die vermeintliche terroristische Gefahr einer *Veronika Mendoza* und eines *Marco Arana* eingeschossen hat und dabei den Andinen Populismus nicht auf dem Zettel hatte. Kein Wunder, denn für sie existieren die Anden hauptsächlich als profitable Rohstoffquellen. Nun ist der Jammer groß.

Castillo wird mit all seiner Kraft versuchen, ein Referendum für eine Verfassungsgebende Versammlung abzuhalten und kann dabei auf einige Verbündete zählen, sofern er bereit ist, Kompromisse mit der Linken von *Juntos por el Peru*, der politischen Mitte um *Acción Popular* und *Partido Morado*, der religiösen ausgerichteten Mitte FREPAP und der klerikalfaschistischen Reaktion von *Renovación Popular* und einigen weiteren kleinen Fraktionen. Sie alle sprechen sich für die Zurückdrängung ausländischer Monopole und die Förderung der nationalen Wirtschaft aus.

Ein zersplittertes Parlament

Das Parlament wird, wie vorausgesehen, ein chaotischer fraktionierter Haufen, mehrheitlich geprägt von Selbstdarsteller*innen, die eignen Interessen nachgehen. Auch Perú Libre drohen interne Konflikte und Abspaltungen im Kongress. Die zahlreichen sich widersprechenden Äußerungen und Ankündigungen einzelner Vertreter*innen lassen darauf schließen.

Wie im letzten Artikel schon aufgeführt, droht dem oder der gewählten Präsident*in rasch die Absetzung, wenn es nicht zu halbwegs stabilen Bündnissen kommt. Die nächsten 2 Monate bis zur Stichwahl könnten noch zu einer Schlammschlacht epischen Ausmaßes der Rechten gegen

den andinen Populismus und die Linke werden. Es war schon immer so, dass reformerische politische Projekte bei der etablierten Oligarchie, dem Großbürgertum und großen Teilen der Mittelschichten, besonders aus Lima, blanke Panik auslösen und irrationale Handlungsweisen auslösen. Die Gegenüberstellung kommunistischer Terror oder liberale Freiheit ist unvermeidbar. Hoffentlich beteiligen sich nicht alle daran.

Das Rennen ist vollkommen offen. Nach welchen programmatischen und lebensweltlichen Überschneidungen sich die beiden Wahllager bilden werden, halte ich derzeit für nicht voraussehbar. Ebenso wenig lässt sich prognostizieren, ob die Wahl *Castillos* zu einer starken Mobilisierung in den Anden und den Elendsgürteln der Städte führt und er dadurch vorangetrieben wird oder ob es zu einem Kompromiss nach dem anderen kommt, bis hin zur programmatischen Selbstaufgabe. Gewinnt *Keiko Fujimori*, bleibt nicht nur alles beim Alten und der Kampf gegen die Korruption wird eingestampft. Es droht ein extrem autoritäres Regime und möglicher Putschgefahr, für oder gegen sie. Das hängt von einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft ab. Persönlich halte ich Keiko Fujimori für das größere Übel. Schau ma mal.

Andreas Baumgart 16.04.2021

Wahlergebnis Präsidentschaft und Kongress ONPE vom 15.04.2021,

Perú Libre

Platz **1** Präsidentschaft Pedro Castillo:	**19,11%**	2 665 125 Stimmen.
Platz **1** Kongress:	**14,06%**	1 510 118 Stimmen.

Fuerza Popular

Platz **2** Präsidentschaft Keiko Fujimori:	**13,36%**	1 862 741 Stimmen.
Platz **2** Kongress:	**11.12%**	1 196 209 Stimmen.

Renovación Popular

Platz **3** Präsidentschaft Rafael López Aliaga:	**11,68%**	1 629 342Stimmen.
Platz **4** Kongress:	**9,08%**	977 162 Stimmen.

Avanza País

Platz **4** Präsidentschaft Hernando de Soto:	11,58%	1 615 065 Stimmen.
Platz **6** Kongress:	**7,41%**	797 522 Stimmen.

Acción Popular

Platz **5** Präsidentschaft Yonhy Lescano: **9,10%** 1 273 646 Stimmen.

Platz **3** Kongress: **9.22%** 991 678Stimmen.

Juntos por el Perú

Platz **6** Präsidentschaft Veronika Mendoza: **7,86%** 1 099 712 Stimmen.

Platz **7** Kongress: **6,63%** 713 245 Stimmen.

Alianza para el Progreso

Platz **7** Präsidentschaft César Acuña: **6,03%** 844 347 Stimmen.

Platz **5** Kongress: **7,61%** 818 296 Stimmen.

Victoria Nacional

Platz **8** Präsidentschaft George Forsyth: **5,62%** 784 594 Stimmen.

Platz **11** Kongress: **4,91%** 528 065 Stimmen.

Podemos Peru

Platz **9** Präsidentschaft Daniel Urresti: **5.61%** 785 188 Stimmen.

Platz **9** Kongress **5,76%** 619,148 Stimmen.

Partido Morado

Platz **10** Präsidentschaft Julio Guzmán: **2,24%** 314 457 Stimmen.

Platz **10** Kongress: **5,30%** 569 901 Stimmen.

Partido Democrático Somos Peru

Platz **11** Präsidentschaft Daniel Salaverry: **1,66%** 231,698 Stimmen.

Platz **8** Kongress: **6,04%** 650,060 Stimmen.

Frepap

Platz **12** Kongress: **4,63%** 498,365 Stimmen.

Alle offiziellen Resultate finden Sie hier: https://www.resultados.eleccionesgenerales2021.pe/EG2021/

Linke und außerhalb Limas verankerte andin-populistische oder religiöse Parteien (2016/2020/2021)

	2016	2020	2021
Frente Amplio	1 700 052	911 701	115 274
Democracia Directa	528 301	543 956	83 203
Juntos por el Peru	-	710 462	700 243
Peru Libre	-	502 898	1 493 297
Runa	-	265 564	80 247
Union por el Peru	-	1 001 716	223 724
Frepap	-	1 240 084	493 633
Summe	2 228 353	5 176 381	3.189.621

3. Düstere Aussichten für Präsidentschaftswahl

18 Präsidentschaftskandidat*innen. Keiner mit mehr als 12% der Stimmen. Wenig Programm und viel Improvisation. Die Peruaner*innen haben diesen Sonntag die Qual der Wahl.

Am 11. April finden die Präsidentschafts- und Kongresswahlen statt. Gewählt werden ebenfalls 5 Abgeordnete für das Andenparlament mit Sitz in Bogotá Kolumbien. Sollte kein Kandidat oder keine Kandidatin für die Präsidentschaft die absolute Mehrheit erringen, findet am 06. Juni ein zweiter Wahlgang mit einer Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten statt. 20 Parteien haben Listen mit Kandidat*innen für den Kongress aufgestellt, zwei von ihnen stellen keinen Präsidentschaftskandidaten und einigen wenigen gelang es nicht, alle Wahlbezirke auf nationaler Ebene abzudecken.

Dass so viele Parteien antreten, liegt u.a. auch an der Wahl- und Parteienreform. Wer diesmal nicht die 5%-Hürde schafft, verliert den Status einer eingeschriebenen Partei. So versuchen alle bisher eingeschriebenen Parteien, einige davon umbenannt und mit neuen Bündnissen am Start, noch ihr Glück. Nach den Wahlen nehmen am 27. Juli Regierung und neu gewählter Kongress am 26. Juli ihre Tätigkeit auf. Die reguläre Wahlperiode beträgt 5 Jahre, vom 27. Juli 2021 bis zum 26. Juli 2026.

Die Wahlen finden wegen der Corona-Pandemie unter erschwerten Bedingungen statt. Zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen sind vorgeschrieben und sollen vor und in den Wahllokalen eingehalten werden. César Bazán Seminario hat die Situation in seinem Artikel vom 16.02. dargestellt und auch auf die traditionell ausgesprochen große Bedeutung von Wahlkampfauftritten der Kandidat*innen vor Ort hingewiesen, die nun stark eingeschränkt sind.

Deshalb fanden und finden trotz aller Apelle und Warnungen immer wieder Kundgebungen, Autokorsos, Märsche und Veranstaltungen statt, auf denen die vorgeschriebenen Corona-Schutzmaßnahmen weitestgehend ignoriert werden. Viele formelle und informelle Kleinhändler*innen, deren Verkaufsstände rund um die Kundgebungsplätze aufgebaut sind, haben sich besorgt über diese Veranstaltungen geäußert und die Untätigkeit der Ordnungskräfte kritisiert.

Grosser Einfluß der Medien und sozialen Netzwerke

Die größte Rolle für die politische Einflussnahmen spielen nun Fernseh- und Radiodebatten sowie Artikel in den Printmedien. America TV, Canal N und TV Peru/JNE haben Debatten mit den Kandidat*innen für die Präsidentschaft und den Kongress ausgestrahlt. Die wichtigste Debatte, zwischen 18 Kandidat*innen, war auf 29. 30. und 31. März gelegt worden. Jeweils 6 Personen wurden zu denselben Themen befragt. Erst durch die nationale TV-Ausstrahlung konnte eine große Mehrheit der Bürger*innen diese Anwärter*innen auf die Präsidentschaft erstmals kennenlernen. Die Umfragen vor und nach dieser Debatte haben zu einigen deutlichen Verschiebungen der Wahlpräferenzen geführt.

Die Wahlgesetzgebung reguliert und schränkt die bezahlte Parteienwerbung in den allgemeinen Medien stark ein, um eine gewisse Chancengleichheit zu ermöglichen. Deshalb werden große Summen für TV-Auftritte von Organisationen wie *Lampadia* ausgegeben, die nicht speziell für eine Partei, sondern für neoliberale, ultrakonservative Denkrichtungen werben und massiv sozial-ökologische Vorstellungen angreifen. Das Internet dient eher jungen und politisch interessierten Menschen als Quelle für glaubwürdige und wissenschaftliche Informationen. Die Zugriffszahlen auf gute Reportagen, dokumentarische Videos, Interviews etc. sind gering. Andererseits spielt der Bereich der gezielten Desinformation und Diffamation in den Social Media eine nicht zu unterschätzende Rolle. Gefakte Videos, Fotos, Berichte und widerlichste Beleidigungen machen über WhatsApp, Facebook, Instagram und Twitter rasch die Runde und werden von der sensationalistischen Boulevardpresse, „Prensa Chicha“ oder „Prensa Amarilla“ genannt, gerne aufgegriffen. Zahlreiche Präsidentschafts- und Parlamentskandidat*innen nutzen diese „Informationen“, um ihre Gegner*innen anzugreifen und bloßzustellen.

Für die letzten Tage vor den Wahlen wird noch eine Steigerung an Schmutzkampagnen erwartet, insbesondere gegen linke Kandidat*innen, die immer wieder mit Terrorismus identifiziert und wahlweise als Marionetten von Venezuela, Bolivien, Nordkorea, China etc. dargestellt werden.

Diese Art schmutziger Wahlkampf wird durch das ausgesprochen enge Rennen befördert und soll auf den letzten Metern den kleinen Vorteil bringen, der dann den entscheidenden Abstand für den Sieg ausmacht.

Foto: Andina/Norman Cordova

Kandidat*innen mit Leichen im Keller

Leider hat sich weder bei der Auswahl von Kandidat*innen noch bei den angewendeten Methoden etwas verbessert. Im Gegenteil scheint bei diesen Wahlen ein weiterer Tiefpunkt erreicht worden zu sein. Gegen zahlreiche Präsidentschafts-, Vizepräsidentschafts- und Kongresskandidat*innen sind Verfahren wegen Rechtsbeugung, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, Bestechlichkeit, ehelicher Gewalt, Totschlag, verweigerte Unterhaltszahlungen u.a. anhängig. Ganz vorne mit dabei *Keiko Fujimori*, die eigentlich im Untersuchungsgefängnis sitzen müsste und der ehemalige Präsident *Vizcarra*, der nun die Kongressliste bei *Somos Perú* anführt. Er wird wegen „Vacunagate“ und Korruptionsfällen untersucht.

Da es keine soliden Parteien mit breiter organisierter Basis gibt, wurden Kandidat*innen „eingeladen“, eingekauft oder umgekehrt, gegen Vorkasse auf die Listen gesetzt. Familienclans verteilen sich über mehrere Parteien, um künftig ihren legalen und illegalen Geschäften aus einflussreicher Position heraus nachgehen zu können. Nur eine ausgesprochen kleine Minderheit der Kandidat*innen sind qualifiziert oder verfügen über fachlich kompetente Berater*innen-Teams. Hier bilden nur die linken und linksliberalen Kräfte die positive Ausnahme.

Letzte Umfrageergebnisse nach der TV-Debatte: Keiko Fujimori und de Soto liegen bei IEP vorn

Nach der auf drei Tage aufgeteilten Hauptdebatte gab es nach den letzten vor den Wahlen noch erlaubten Umfragen vom 04. April, einige bedeutsame Verschiebungen zu allen früheren

Prognosen: IEP sieht *Keiko Fujimori* mit 9,8% und *Hernando de Soto* von *Avanza Pais* mit 9,8% auf dem ersten Platz!! *De Soto* rangierte bisher unter „Sonstige“ und hat nun einen Riesensprung hinlegt. An dritter Stelle steht *Rafael López Aliaga* mit 8,4 %. Es folgt *Yonhy Lescano*, der einige Wochen als aussichtsreichster Kandidat rangierte. An fünfter Stelle positioniert sich *Verónika Mendoza* mit 7,3%, gefolgt von *Pedro Castillo* mit 6,6%. Dann *George Forsyth*, monatelang Favorit, jetzt mit 5,7%. Es folgen *César Acuña* mit 4,1%, *Daniel Urresti* mit 3,5%, *Julio Guzmán* 2,3%, *Alberto Beingolea* 2,0% und *Ollanta Humala* 1,4%.

Umfrage-Ergebnisse IPSOS zeichnen ein etwas anderes Bild

Insgesamt sind die Abstände weiter geschrumpft und berücksichtigt man die statistischen Abweichungen, könnten mindestens 5 Kandidat*innen ins Stechen einer zweite Runde gehen. Und selbst dabei sind noch Überraschungen möglich. So zeigt die Umfrage des IPSOS-Instituts deutliche Unterschiede zu IEP. Hier sieht die Reihenfolge in den oberen Rängen anders aus:Yonhy Lescano (14.7%), Hernando de Soto (13.9%), Verónika Mendoza (12.4%), George Forsyth (11.9%), Keiko Fujimori (11.2%), Rafael López Aliaga (8.2%); Pedro Castillo (7.9%), Daniel Urresti (4.7%), César Acuña (4.2%), Alberto Beingolea (2.7%).

Abweichende Präferenzen bei den Kongresswahlen

Hinsichtlich der Kongresswahlen weichen die Präferenzen der Wähler*innen gegenüber denen der Präsidentschaftskandidat*innen teilweise deutlich in der Reihenfolge ab. Hier geht es um den Anteil an den 130 Sitzen im Kongress und somit der Stärke der Fraktionen. Die Parteien müsse 5% erreichen, bei Bündnissen 6% oder 7 gewählte Abgeordnete in mehr als einem Distrikt.

Stärkste Fraktion wäre nach Umfragen von Datum Acción Popular (Lescano) mit 13,5%. Es folgte *Fuerza Popular (Fujimori)* mit 10,4 %. Dann *Juntos por el Perú* (Mendoza) mit 10,3%, *Renovación Popular* (López) mit 7,8%, *Victoria Nacional* (Forsyth), *Podemos Perú* (Urresti) mit 6,9%, *Somos Perú* (Salaverry), Partido Morado (Guzmán) mit 6,2%, *Avanza País* (De Soto) mit 5,9%, *Alianza para el Progreso* (Acuna), Perú Libre (Castillo) mit 4,2%).

Der neue Kongress wird noch zersplitterter sein als der jetzige

Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass das neue Parlament in zahlreiche Fraktionen zersplittert sein wird, und sich keine Regierung auf den Rückhalt einer eigenen starken Fraktion stützen kann. Die Fünf-Prozent- Hürde kann durchaus von 10 bis 12 Parteien übersprungen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich die gewählten Fraktionen sehr schnell aufsplitten und noch weitere daraus entstehen. In der Periode 2016-2020 wurden aus 6 Fraktionen 13 Fraktionen und 2020-2021,

innerhalb eines Jahres, aus 9 Fraktionen 12. Man kann sich leicht vorstellen, wie schwierig es wird, bei mindestens 10 Fraktionen, diesmal weiter aufgesplittet in bis zu 15 oder 20, Gesetze zu debattieren und zu erlassen. Man kann auch argumentieren, dass damit eine hohe Repräsentativität der verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen gewährleistet wird und dass Gesetzesvorlagen an Vielfalt gewinnen und tiefgehender und umfassender debattiert werden müssen. Tatsächlich wurden auch trotz der turbulenten letzten Jahre einige nützliche Gesetze auf den Weg gebracht, auch gegen den Willen der Regierung, und zahlreich, auch sehr fortschrittliche, in den zuständigen Gremien debattiert. Im Großen und Ganzen war die Kongressarbeit jedoch unproduktiv und destruktiv und Abgeordnete stehen eher nicht für Parteien und Programme, sondern für sich selbst und ihre Interessengruppen. Darüber haben wir immer wieder berichtet.

Über jeder neuen Präsidentin oder jedem Präsidenten hängt das Damoklesschwert einer Amtsenthebung. Durch Nichtbefassung mit der Klage gegen die Absetzung Vizcarras durch das Parlament, hat das oberste Verfassungsgericht die Möglichkeit belassen, mit 87 von 130 Stimmen jede unliebsame Person an der Spitze hinwegzufegen. 5 Präsidenten in den letzten 5 Jahren sprechen eine deutliche Sprache. Neben der Anzahl an Fraktionen ist im Hinblick auf die Eignung und Qualität der künftigen Kongressabgeordneten ein weiterer Tiefpunkt erreicht. Wie schon häufiger berichtet, gibt es keine Parteien mehr, die über eine größere solide, gewachsene und kontinuierliche Mitgliedschaft verfügen, aus deren Mitte sich geeignete Kandidat*innen aufstellen ließen.

Große Ablehnung der politischen Sphäre

Alle Umfragen haben bisher ein starkes politisches Desinteresse oder eine starke Ablehnung de politischen Sphäre und der Wahlen verdeutlicht. Hinsichtlich der Präsidentschaft werden um die 24% Blankozettel abgeben oder ungültig stimmen. Doppelt so viele wie die bislang stärkste Fraktion. 44% bis 50% wissen noch immer nicht, für wen sie stimmen werden. Bei den Wahlen für die Kongressabgeordneten sieht es noch dramatischer aus: 13,5% wollen die Wahlzettel ungültig machen und 43,8% sie nicht ausgefüllt einwerfen. Ohne Wahlpflicht würde die Wahlbeteiligung sicherlich ausgesprochen niedrig ausfallen.

Politische Lager und Programmatik

Gewählt werden erfahrungsgemäß Personen und ideologische und lebensweltliche Richtungen, für die sie stehen. Die Programme rangieren zumeist an zweiter Stelle. Einige Kandidat*innen haben sich die Programme von Dritten gegen Geld schreiben lassen und kennen ihre eigenen Wahlprogramme nicht einmal. Das haben die TV-Debatten verraten und ebenso deutlich gezeigt, dass zahlreiche Kandidat*innen Positionen vertraten, die entweder nicht in ihren Programmen vorkommen oder ihnen sogar entgegen stehen. Populismus und Demagogie pur. In der große

Aufsplittung der politischen Lager kommen immer mehr die ausdifferenzierten Interessen und wachsenden identitären Trends innerhalb der Gesellschaft zum Ausdruck. Dieser Prozess entspricht, in Peru in extremer Ausprägung, den weltweiten Trends des traditionellen Parteienverfalls, der aufgrund der ökonomischen und ökologischen Krisenhaftigkeit und verschärften Konkurrenz auf allen gesellschaftlichen Ebenen der universell gewordenen kapitalistischen Reproduktionsweise voranschreitet.

Peru hat keine bedeutende indigene politische Kraft

Regionale und authentischere Ausdrucksformen der verschiedenen Kulturen in den Anden und im Amazonas sind in Peru, anders als z.B. in Bolivien und Ekuador, als eigenständige Bewegungen in der Parteienlandschaft unterrepräsentiert. Ihre Vorstellungen sind am ehesten in die Programme regional verankerten Parteien wie RUNA und Perú Libre, in religiös geprägten Parteien wie FREPAP und linke Parteien wie Juntos por el Perú und Frente Amplio und Perú Libre eingeflossen. Sie alle postulieren ein multikulturelles, plurinationales und regional geprägtes Peru.

Die große Mehrheit der vorne liegenden Parteien verortet sich ideologisch im rechten Lager. Das reicht vom Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Klerikalfaschismus, evangelikalem Fanatismus und Ethnofaschismus bis zum wankelmütigen Konservativismus.

Hier geht es zu den Präsidentschafts-Kandidat*innen

Foto: Andina Norman Cordova

Keiko Fujimori ist zu den „Errungenschaften“ ihres Vaters zurückgekehrt und möchte nun doch ihren Vater amnestieren. Sie will Peru mit „harter Hand“ regieren und gibt sich als erfahrene Politikerin mit einer langjährigen soliden Parteitradition. Sie vertritt weiterhin ein konservatives Wertebild von hierarchischer Ordnung und traditioneller Familie. Wie alle aus diesem Spektrum,

bekämpft sie Genderpositionen, Homosexualität, Feminismus und liberale, freiheitliche Erziehungsvorstellungen. Anders als ihre Mitstreiter, ist sie allerdings nicht ausgeprägt rassistisch und hat eine starke Anhängerschaft in der ärmeren und jüngeren Bevölkerung. Hinter ihr steht der übriggebliebene zersplitterte Fujimorismo, den sie wieder versöhnen möchte, einige evangelikale Gemeinden und Anhänger*innen der untergegangenen APRA.

Foto: Andina

Hernando De Soto, von der Partei *Avanza Pais,* der wie ein Phönix aus der Asche emporgestiegen ist, zehrt von seinem technokratischen Image, seinem literarischen Erstlingswerk und Bestseller „El otro Sendero“ und weiteren polit-ökonomischen Publikationen, in denen er die Bürokratie, Korruption und informellen Sektor als größtes Hindernis für die Entwicklung Perus brandmarkt. Sein weltweit bekanntes *Instituto de Libertad y Democracia* berät Regierungschefs wie Macron, Putin und andere. De Soto blickt auf eine politische Karriere als Berater von Fujimori und Alan García zurück und bandelte zeitweise mit Ulises Humala an. Seine Verbindungen reichen vom rechtsradikalen Kollektiv „Con mis hijos no te metas“ bis zur den radikalen neoliberalen Wirtschaftsvertretern. Er wird von *Andrés Hurtado Grados*, alias *Chibolin* beraten, einem volkstümlichen Ex-Comedian, Tänzer und TV-Produzenten, der seit langem am ultrarechten Rand politisch engagiert ist. Dieser hat sich 2019 selbst als als „Hitlerianer“ bezeichnet. Er soll die Verbindung zu den Bevölkerungsteilen herstellen, zu denen de Soto als elitärer, rassistischer weißer Oberschichtsangehöriger, bisher keinen Zugang bekommen konnte.

De Soto ersetzt nun in der Gunst des mächtigen Unternehmerverbands CONFIEP den extrem launischen und unberechenbaren *López Aliaga*.

Foto: Andina Difusion

Rafael López Aliaga von der Partei *Renovación Popular* ist ein ultrakonservativer, klerikalfaschistischer und neoliberaler Großunternehmer, der u.a. das Monopol auf die Bahnstrecke Cuzco-Machu Picchu besitzt und zahlreiche Luxushotels betreibt. Ähnlichkeiten mit Trump sind rein zufällig. Aufgrund seiner vielen Off-Shore Unternehmen und mutmaßlichen Geldwäsche -Aktivitäten, wurde er in die Untersuchungen der Panama Papers einbezogen. Er schuldet dem peruanischen Fiskus ca. 30 Mio. Soles und bezieht gleichzeitig Millionen für seine Firmen aus dem Fonds zum Ausgleich der Pandemiemaßnahmen „Reactiva Perú". Aliaga gehört dem katholischen, klerikalfaschistischen *Opus Dei* an und hat sich kürzlich als Flagellant mit 30jähriger Praxis und entsprechend vernarbtem Körper geoutet. Hinter ihm stehen der reaktionäre Katholizismus unter Führung des ehemaligen Erzbischofs von Lima, Kardinal Cipriani, Teile der CONFIEP, Anhänger*innen des alten Fujimorismo, einige evangelikale Gemeinden und Teile des Ethnocacerismus. Seine Polemik schwankt von ultrarechts bis hin zu Verständnis für manche linke Position. Seine Unberechenbarkeit hat ihm seine Favoritenrolle bei Teilen des neoliberalen Wirtschaftslagers gekostet.

Foto: Andina

Yonhy Lescano von Acción Popular verortet sich ökonomisch im liberalen Spektrum, hat aber im Lauf des Wahlkampfs einige linke Positionen aufgegriffen. So spricht er sich für die Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare aus und Genderpositionen in der Schulbildung. Darunter die Forderung nach Einstellung der großen Minenprojekte Conga und Tia Maria. Er fordert eine „verantwortliche" Minenpolitik und will gegen die illegale Rohstoffförderung vorgehen. Ebenso hat er sich immer wieder für Verbraucherschutz stark gemacht. Abtreibung lehnt er hingegen ab, spricht sich aber für weitgehende Zivilrechte aus. Er möchte eine Strukturreform mit modernen, verlässlichen und korruptionsfreien Institutionen durchsetzen. Sich selbst verortet er in der politischen „Mitte". Lescano hat sich lange Zeit durch Ignoranz und Empfehlungen von Hausmittelchen wie Zuckerrohrschnaps gegen das Coronavirus hervorgetan und neigt zu vollmundigen Versprechungen. Er war nicht die erste Wahl innerhalb seiner heillos zerstritten Partei, stellte sich aber letztlich, u.a. wegen seiner langjährigen parlamentarische Karriere und Parteimitgliedschaft, als einziger konsensfähiger Kandidat heraus. Es ist nicht absehbar, wie die Regierungspolitik am Ende aussehen wird. In vielen Bereichen wird auf parlamentarischer Ebene eine Kooperation mit linken und regionalen Fraktionen möglich sein.

Foto: Andina/Johnny Laurente

George Forsyth, von *Victoria Nacional*, mit peruanischer und deutscher Nationalität ausgestattet, ist ein ehemaliger Fußballer, und hat in den letzten Jahren als entschlossener Bekämpfer der Informalität als Distriktbürgermeister von La Victoria große Popularität erlangt. Die ersten Umfragen zur Präsidentschaftswahl haben ihn an erster Stelle gesehen. Inzwischen ist er deutlich abgefallen. Er setzt auf sein Image als junger Macher, der entschieden gegen die „Mismocracia" ankämpft. Damit meint er die traditionelle politische Sphäre und deren Parteien, die immer auf dasselbe hinauslaufen. Allerdings ist er umringt von Beratern und Mitarbeiter*innen, die zu eben jener „Mismocracia" zählen. Lebensweltlich gehört er zu denliberalen, offenen Kandidaten*innen, die die individuelle Entfaltung befürworten. Er ist einer der wenigen, die sich u.a. für homosexuelle Ehen ausgesprochen haben. Ökonomisch zählt er zum neoliberalen Spektrum. Insgesamt verortet er sich selbst in der politischen „Mitte". Da seine Partei neu ist und in vielen Thematiken ein

unbeschriebenes Blatt, wird sich erst zeigen, welche Schwerpunkte in der künftigen parlamentarischen Arbeit gesetzt werden. Eine parlamentarische Kooperation mit linken Fraktionen wird in einigen Fällen ist nicht auszuschließen.

Foto: Andina

Veronika Mendoza von *Juntos por el Perú* hat große Chancen, in die Stichwahl zu kommen. Bei den Wahlen 2016 ist sie knapp an der Stichwahl vorbeigeschrammt. Keiko Fujimori trug sie mit *Kuczynski aus.* Diesmal besteht sogar eine entfernte Aussicht auf die Präsidentschaft, allerdings mit einer sehr kleinen Fraktion im Kongress. Als einzige von zwei weiblichen Präsidentschaftskandidatinnen und einem Panorama aus mehrheitlich rechten Parteien, repräsentiert sie ein breites linkes Spektrum. Mit ihrer Partei *Nuevo Peru*, die noch nicht eingeschrieben ist, kandidiert sie praktisch als Gast bei *Juntos*. (Wir haben das Bündnis hier schon beschrieben: *Juntos por el Perú* hat eine sozialdemokratische Programmatik und vermeidet die Nähe zu staatssozialistischen Vorstellungen, einschließlich denen des „Sozialismus des XI Jahrhunderts“ aus Venezuela, Bolivien oder Ekuador. Verstaatlichungen soll es nicht geben, sondern Steuererhöhungen für Reiche und eine effiziente, konsequente Steuererhebung. Durch die Formalisierung von Arbeitsverhältnissen und Geschäftstätigkeiten aller Art soll vermehrt Geld in die Staatskasse fließen. Mit einer deutlichen Umverteilung des Staatshaushalts zugunsten des Gesundheits- und Bildungssektors und dem Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm „Plan Chamba“ sollen zunächst einmal die dramatischen Folgen der Pandemie aufgefangen werden. Programmatisch werden familiäre Landwirtschaft, Ökologie und die Interessen der indigenen Gemeinden im Rahmen einer neuen sozial-ökologischen Ökonomie eingebunden. Perspektivisch besteht die Absicht, die Reformen im Rahmen einer anti-neoliberalen neuen Verfassung zu verankern. Unterstützung findet *Juntos por el Perú* aus allen Bereichen der zivilgesellschaftlichen Bewegungen, in bessergestellten Kreisen in Lima und in kleinbäuerlichen Regionen der südlichen Anden. Nach dem Niedergang des einstmals so vielversprechenden linken Projekts „Frente Amplio“, wird Juntos den Großteil der ehemaligen Wählerschaft des *Frente Amplio* auf sich ziehen. Das Bündnis verfügt über viele erfahrene und fachlich kompetente

Berater*innen und Kandidat*innen. Expert*innen aus zahlreichen NGOs haben am Programm mitgewirkt und werden die Arbeit im Kongress unterstützen. Veronika ist in Juntos wegen ihrer sozialdemokratischen Ausrichtung nicht unumstritten. Einige radikalere linke Kräfte sehen eine Anbiederung an den peruanischen Konservativismus. U.a. ruft die Humanistische Partei des einstmaligen Mitbegründer von Juntos, Yehude Simons, zur Wahl des radikaleren *Pedro Castillo* von *Peru Libre* auf.

Foto: Andina

Pedro Castillo Terrones von *Perú Libre* wird zum linken Spektrum gezählt und seine Partei hat gute Aussichten, in den Kongress gewählt zu werden. *Perú Libre* ist eine Regionalpartei, die vom Regionalpräsidenten von Junin, *Vladimir Cerrón,* gegründet wurde. Dieser verbüßt derzeit eine in Hausarrest umgewandelte Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten wegen Korruption. Nun hat ihn *Pedro Castillo* aus Chota/Cajamarca, Grundschullehrer und Rondero, beerbt. Bekannt wurde er als einer der Anführer des großen Lehrer*innenstreiks 2017. Er deutet Vergesellschaftungen im Rahmen einer neuen Verfassung an, hält sich in Hinblick auf konkrete Aussagen zu Verstaatlichungen beispielsweise von Bergbau-Unternehmen, sehr bedeckt. Im Wesentlichen zielt die Programmatik wie bei *Juntos por el Peru* auf monetäre Umverteilung zugunsten des Gesundheits- und Bildungssektors und der Förderung der familiären Landwirtschaft und der kleinen und mittleren Unternehmungen. Castillo ist sehr polemisch, mit einem starken Hang zum Populismus und Autoritarismus. Es sieht Peru stark aus einer andinen Sicht und sucht die Unterstützung von Anhänger*innen von populistischen Regionalparteien und Bewegungen aus den andinen Regionen. Folgerichtig möchte er *Antauro Humala*, den Führer des *Etnocacerismo* begnadigen. Schon zu den Interims-Parlamentswahlen 2019 wollte *Juntos por el Peru* ein Bündnis mit *Perú Libre* eingehen. Das hatte zu einem Beben innerhalb von *Nuevo Perú* und dem Austritt der feministischen Gruppen und bekannter Abgeordneten wie *Marisa Glave* und *Indira Huilca* geführt. *Veronika Mendoza* hatte sich für das Bündnis ausgesprochen, das jedoch aus formalen Gründen nicht zustande kam. Wie alle populistisch-andinen Bewegungen, ist auch Perú Libre

lebensweltlich konservativ und die Führungen fallen immer wieder durch homophobe, frauenfeindliche und antifeministische Aussagen auf.

Foto: Andina Norman Cordova

Marco Arana liegt mit dem linken *Frente Amplio* in den Umfragen bei „Sonstige“ unter 1%. Es ist die einzige Partei, die neben der linken Sozial- und Wirtschaftsprogrammatik einen ausgeprägten ökologischen Schwerpunkt setzt. Das einstmals vielversprechende Parteiaufbauprojekt von *Tierra y Libertad/Frente Amplio* unter der Führung von *Veronika Mendoza* und *Marco Arana* ist letztlich an der sektiererischen Haltung und dem Hang zum Caudillismo des letzteren gescheitert. Nachdem die Partei *Frente Amplio* 2016 den dritten Präsidentschaftsplatz errang und zweitstärkste parlamentarische Fraktion wurde, verschwindet sie nun aus dem parlamentarischen Betrieb .

Foto: Andina Melina Mejia

Julio Guzmán vom *Partido Morado* definiert sich als Vertreter einer „radikalen Mitte“. Themenspezifisch schlägt die Partei sowohl nach links als auch nach rechts aus. Ökonomisch setzt sie auf die Privatinitiative und repräsentiert kleinere und mittlere Unternehmen sowie junge,

selbtändige Entrepreneure. Sie tritt für eine strukturelle Modernisierung Perus und den konsequenten Kampf gegen die Korruption ein. Lebensweltlich ist die Partei libertär ausgerichtet und weist hierbei viele Gemeinsamkeiten mit linken Positionen auf, so z.B. hinsichtlich der Frauenrechte, Genderstandpunkt, Abteibungsrecht und weitere. Die Morados gingen gemeinsam mit den Linken und Colectivos Ciudadanos gegen den parlamentarischen Putsch zum Sturz von Vizcarra auf die Straße. Guzmán war einer der deutlichen „Sieger" bei den TV-Dabatten, da er zu den wichtigen Themen klare programmatische Aussagen präsentieren konnte. Dennoch ist er auf Grund eines Liebschaftsskandals und seiner vergangenen Regierungstätigkeit für Humala als Person nicht besonders beliebt.

Abschließender, getrübter Ausblick

Die Bekämpfung der Pandemie und die ökonomische Reaktivierung mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen stehen im Mittelpunkt nahezu aller Absichtsbekundungen. Die Parteien setzten auf Impfungen und versprechen, die diesbezüglichen Versäumnisse der Vizcarra-Regierung auszubügeln und den Impfstoff schnellstens und in ausreichender Menge zu besorgen. Hier unterscheiden sich die Positionen besonders hinsichtlich der Beteiligung des privaten Sektors am Erwerb und der Anwendung der Impfstoffe. Die Bekämpfung der Banden- und Kleinkriminalität wird einhellig als dringliche Aufgabe angesehen. Hierbei setzt die Mehrheit der Parteien auf mehr Repression, mehr Gefängnisse, härtere Bestrafung von jungen Ersttäter*innen, mehr Polizei, dauerhaften Armeeeinsatz mit Ausnahmezustand und einige fordern sogar die Einführung der Todesstrafe. Einige Regionalparteien setzten vermehrt auf Rondas Campesinas und Rondas Urbanas. Nur die demokratische Mitte von *Julio Guzmáns Morados* und die Linken setzen nicht auf Repression, sondern präventive Maßnahmen und eine sinnvolle Einbindung der Nachbarschaft. Sie sehen die sozial-ökonomische Lage als wesentliche Ursache an und möchten entsprechend dort die Hebel ansetzen. Auch wenn viel von Verbesserung der Bildung die Rede ist, hat kaum eine Partei Lösungsvorschläge und Maßnahmen für die kinder- und jugendspezifischen Probleme anzubieten. Angesichts deren Lage ein Armutszeugnis sondersgleichen.

Gegen Korruption haben sich alle vehement ausgesprochen und wollen etliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung durchführen. Es tut schon weh, eine *Keiko Fujimori* oder einen *Aliaga* gegen die Korruption wettern zu hören.

Sollte die radikalen Rechten so stark wie befürchtet werden, steht das Ende der bisherigen intensiven Korruptionsbekämpfung und der entsprechenden Reformen des Justizwesens bevor. Die Korruption wird dramatisch weiterwachsen. Ökonomisch ist eine massive Liberalisierung und die Durchsetzung aller bisher angehaltenen Minenprojekte zu erwarten, mit verheerenden ökologischen und sozialen Folgen. Dem peruanischen Amazonas blüht dann das gleiche Schicksal wie Brasilien unter Bolsonaro. Pläne für die drastische Ausweitung der Binnenschifffahrt und für

gigantische Verkehrstrassen liegen schon in den Schubladen bereit. Die sozialen Auswirkungen würden zu noch härteren Repressionsmaßnahme als derzeit führen. Insgesamt wäre eine Verschärfung des Extraktivismus und die Zurückdrängung der andinen, familiären Landwirtschaft zu erwarten. Nicht zuletzt stünde ein Rückfall in Erziehungs- und Bildungskonzepte des vorletzten Jahrhunderts an.

Um das zu verhindern, müsste eine hohe Kooperationsbereitschaft unter den Kongressabgeordneten der anderen Parteien entstehen und die parlamentarische Linke konsequent die Mobilisierung und Vernetzung betroffener Bevölkerungsteile unterstützen, mitorganisieren und voranbringen. Damit wäre schon viel gewonnen. Sollte wider Erwarten Veronika Mendoza die Wahl gewinnen, dürfte ihr angesichts der zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse im Kongress nur eine kurze Präsidentschaft bevorstehen. Einem Sturz könnte sie allenfalls durch eine Aufgabe zentraler linker Positionen vermeiden.

Andreas Baumgart

4. Fotogalerie: Retrospektive Kandidat*innenkür

Ex-Präsident Martin Vizcarra ist mit 165 000 Stimmen der meist gewählte Kandidat für den Kongress. Die Freude darüber währte nicht lang. Am 16. April schloss der Kongress Vizcarra für 10 Jahre von allen öffentlichen Ämtern aus, Der Grund:

Vacunagate, er hat sich und seine Familie heimlich impfen lassen. Foto: Hildegard Willer

Der Scharfmacher gegen Kriminelle, Daniel Urresti und seine Partei Podemos, landeten weit abgeschlagen. Foto: Hildegard Willer

Die links-progressive Veronica Mendoza verpasste vor fünf Jahren nur knapp den Einzug in die zweite Wahlrunde. Dieses Mal hatte sie gegen Pedro Castillo keine Chance - auch wenn sie aus Cusco stammt. Foto: Sondra Wentzel

Vier Wochen vorher noch sah sich der langjährige Abgeordnete der Accion Popular, Yohny Lescano, bereits als Wahlsieger. Als es so weit war, musste er sich mit dem fünften Platz zufrieden geben. Foto: Sondra Wentzel

*Seine Opus-Dei-Zöglinge sollten mit Freiwilligenarbeit in den Armenvierteln für Entwicklung sorgen. Er selber geisselt sich gerne, bei der Fernsehdebatte hat er nur abgelesen. Dass Rafael Lopez Aliaga dennoch den dritten Platz machte bei den Wahlen zeugt von den ultrakonservativen Einstellungen gar nicht so weniger Peruaner*innen. Foto: Hildegard Willer*

Bei der Fernsehdebatte stach er das erste Mal aus dem Kreis der 18 Kandidaten heraus. Mit Hilfe seines landesweiten Netzes der Lehrerschaft, den lokalen Radios und mit einer klaren linken Message wurde der Dorfschullehrer Pedro Castillo zum Überraschungssieger im ersten Wahlgang. Foto: Sondra Wentzel

Zum dritten Mal steht Ex-Präsidententochter Keiko Fujimori im zweiten Wahlgang. Zwar ist ihre Anhängerschaft in den letzten 5 Jahren erheblich geschrumpft und sie musste eine U-Haft absitzen wegen Schwarzgeld und Korruption. Jedoch, um den linken Bürgerschreck Pedro Castillo zu verhindern, dürften dieses Mal viele für Keiko wählen, die dies vorher weit von sich gewiesen hätten. Foto: Hildegard Willer

Dass Julio Guzman sich letztlich "unter ferner liefen" wiederfand, ist auch tragisch. Seine Partei war gut vorbereitet, seine Kandidaten gut. Dass es dennoch nur für 3 Plätze im Parlament gereicht hat, lang zum einen an der Person Julio Guzman und auch daran, dass seine lila Partei die aktuelle Übergangs-Regierung stellt. Da die Morados die Fünf-Prozent-Hürde nicht genommen haben, verlieren sie ihre Einschreibung als politische Partei. Foto: Hildegard Willer

Der fast 80-Jährige Wirtschaftswissenschaftler Hernando de Soto, ein Vertreter des rechten Establishments, hat es immerhin auf den 4. Platz geschafft. Bei der Kandidatendebatte fiel er vor allem durch einen ausgeprägten Narzissismus auf. Foto: Hildegard Willer

5. Eine Abraumhalde für Limas Wasserader

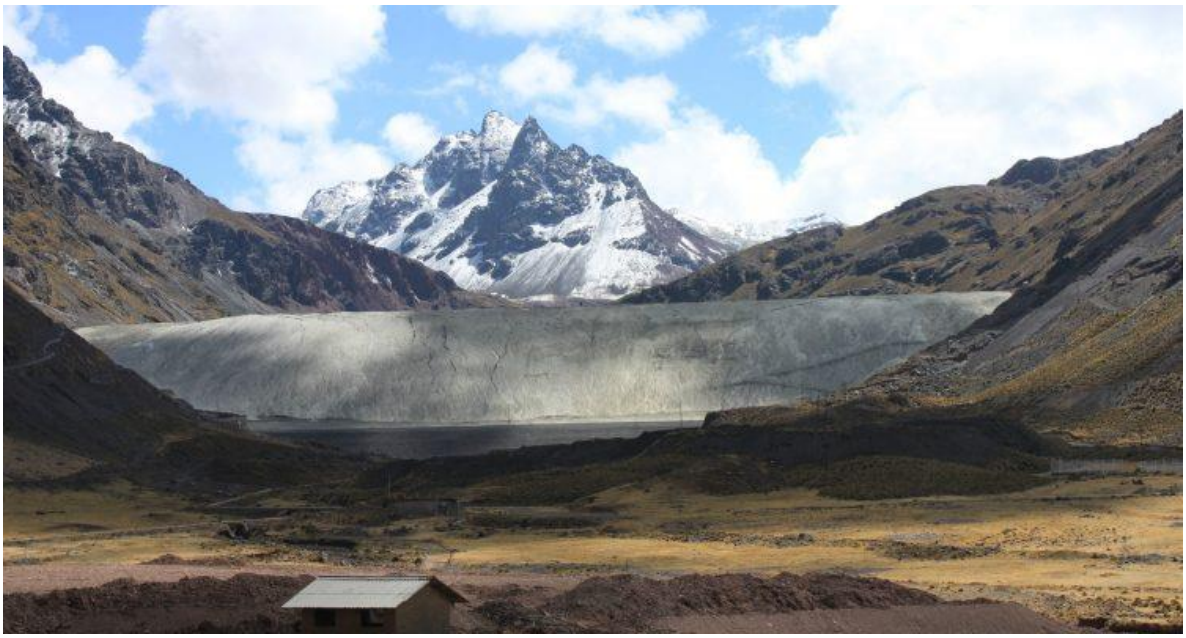
Die Wasserversorgung für die Zehn-Millionen-Stadt Lima fusst auf einem ausgeklügelten System von Stauseen und Tunneln. Ein geplantes Bergbauprojekt stellt deswegen eine grosse Gefahr dar.

Die Wasserversorgung für die Zehn-Millionen-Stadt Lima fusst auf einem ausgeklügelten System von Stauseen und Tunneln. Perus Hauptstadt Lima ist nach der ägyptischen Hauptstadt Kairo die trockenste Stadt der Welt, weil sie in einem wüstenähnlichen Gebiet liegt und es dort kaum regnet.

Da Limas Einwohnerzahl wächst und klimatische Extremereignisse wie Starkregen oder Erdrutsche zunehmen, verschärft sich die Wasserknappheit in Lima.

Während des südamerikanischen Sommers zwischen Dezember und April führen die drei Flüsse (Rímac, Lurin und Chillon), die die Stadt mit Wasser versorgen, aufgrund der reichlichen Regenfälle, die in den Anden fallen, reichlich Wasser.

Nach dem Sommer nimmt aber das Wasservolumen der drei Flüsse dramatisch ab.



Abraumhalde an der Carretera Central, Lima - Huancayo Foto: Hildegard Willer.

Der Fluss Rímac ist mit Abstand der wichtigste Wasserlieferant der Küstenmetropole. Das Abflussregime des Flusses ist durch das Schmelzwasser der Gletscher sowie den Niederschlag in den Anden geprägt. Dabei unterliegt auch dieser Fluss den großen jahreszeitlichen Schwankungen – und die Wassermenge ist von der Intensität der Regenfälle in den Bergen abhängig.

Um die fast zehn Millionen Hauptstädter*innen mit Wasser zu versorgen, baute das städtische Wasserunternehmen von LIMA - SEDAPAL in den 1960er Jahren den Transanden-Tunnel. Dieses Bauwerk ist der einzige Weg, um Gewässer des Río Mantaro vom Wassereinzugsgebiet des Atlantiks zum Río Rímac an die Pazifikküste umzuleiten, und macht etwa 62% des verfügbaren Wasservolumens während der Trockenzeit von Mai bis November für das Versorgungsunternehmen aus.

Im Transanden-Tunnel wird Wasser von der Atlantikseite der Anden zur Pazifikseite hin geführt. Foto: HIldegard Willer.

Dank eines Lagunensystems von natürlichen Seen und Stauseen in den Anden wird das Wasser in den niederschlagsreichen Monaten gespeichert und steht in der Trockenzeit Lima als Wasserspender zur Verfügung.

Mitten in diesem Lagunensystem und nur 500 Meter vom Haupteingang des Transanden-Tunnels entfernt, beabsichtigt das Bergbauunternehmen *Southern Peaks Mining*, Rückstandsbecken für Bergbauabfälle und Flotationsschlämme aus der Erzaufbereitung für das Abbauprojekt Ariana zu bauen.

Aufgrund der Bedeutung des Transanden-Tunnels für die Hauptstadt Lima hat SEDAPAL wiederholt seine Besorgnis über die Durchführung des Ariana-Projekts zum Ausdruck gebracht. Für SEDAPAL stellt der Bau und Betrieb der Rückstandsbecken für Bergbauabfälle und -schlämme des Ariana-Projekts ein hohes Risiko dar und würde die Wasserversorgung von Lima gefährden.

Dr. Steven H. Emerman, ein anerkannter Geowissenschaftler und internationaler Experte im Bereich Staudämme und Rückstandsbecken für Bergbauabfälle, hat am 12. Januar 2021 den Bericht „Risikoanalyse des Rückstandsbeckens im Kupfer- und Zink-Abbauprojekt Ariana“ vorgelegt. Der Bericht wurde von den NGOs Cooperaccion (Peru) und Earthworks (USA) in Auftrag gegeben. Emerman kommt zu dem Schluss, dass das Projekt abgelehnt werden müsste, und führt als Begründung an, dass „das Unternehmen in seiner Analyse beliebige Modellparameter, die den Feldmessungen widersprechen, genutzt habe, die zeigten, dass das Fundament des Rückstandsbeckens eine unbedeutende Scherfestigkeit aufweist, d.h. vor einer

horizontalen Belastung oder Scherspannung (wie den Bewegungen eines Erdbebens) kollabieren, die Rückstände freisetzen und die Umwelt ernsthaft beeinträchtigen würde".

Dr. Emerman meint, dass „bei einem Dammbruch, die Bergbaurückstände (Schlämme) sofort in Richtung des Wassereinlasses des Transanden-Tunnels, der Sammelkanäle, des Nebenflusses Carispaccha fließen und das Leben der Bewohner*innen der Siedlungen Corpacancha - Santa Ana, Sincamachay gefährden würden. Ebenfalls würde das Wasserkraftwerk Malpaso betroffen sein".

Die Bedenken richten sich in erster Linie gegen den Standort des Projekts, gefolgt von den schwerwiegenden Mängeln bei der Berechnung des Risikos und der Stabilität des Rückstandsbeckens, welche auf einigen unbewiesenen Annahmen beruht und nicht mit der seismischen und klimatischen Realität des Projektgebiets übereinstimmt. Zudem wurden offensichtlich internationale Richtlinien, für diese Art von Infrastruktur, falsch ausgelegt.

Am 4. März äußerte SEDAPAL vor dem Sechsten Verfassungsgericht des Obersten Gerichtshofs von Lima seine begründete Besorgnis über das Projekt und forderte die Suspendierung des Ariana-Bergbauprojekts.

Der Rechtsstreit um die Wasserressourcen für Lima geht weiter und sicher in eine nächste Runde, wenn der Gerichtshof sein Urteil demnächst verkündet.

Lima, 30.03.2021

Dipl.-Ing. Elizabeth Zamalloa

EH von DUE/BfdW in CooperAccion

6. „Wir sehen uns jetzt viel öfter"

Seit bald 23 Jahren unterhält der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick eine Städtepartnerschaft mit dem peruanischen Cajamarca. Michael Schrick war von Anfang an dabei.

Infostelle Peru: Seit wann gibt es die Städtepartnerschaft zwischen Cajamarca und Berlin-Köpenick?

Michael Schrick: Offiziell seit dem 20. Mai 1998, da haben die beiden beteiligten Bürgermeister in Cajamarca den Partnerschaftsvertrag unterschrieben, aber vorangegangen waren schon etwa drei Jahre Vorarbeit.

Aus welchem Anlass ist die Partnerschaft entstanden?

Es gab 1993 bereits den UN-Nachhaltigkeitsgipfel und 1995 in Folge dessen den Weltklimagipfel mit einer Bürgermeisterkonferenz in Berlin. Da haben sich die beiden damaligen Bürgermeister Klaus Ulbricht und Lucho Guerrero kennengelernt und beschlossen, eine Partnerschaft zu gründen. Ich war damals im Rathaus Köpenick bei einer Veranstaltung zur lokalen Agenda 21, die ich moderieren durfte, und die beiden Bürgermeister kamen und kamen nicht, da musste ich zwei Stunden lang die Veranstaltung am Laufen halten.

Was für Aktionen habt ihr seitdem dann durchgeführt? Oder weil das wahrscheinlich den Rahmen sprengen wird, was ist denn der Fokus eurer Zusammenarbeit?

Wir haben uns die meiste Zeit um soziale Fragen gekümmert, wie Erziehung, Senior:innenarbeit, Gesundheitsarbeit, aber auch um Umweltprobleme, zum Beispiel Wasserver- und -entsorgung. Von Anfang an hatten wir eine Zusammenarbeit zwischen den Kindergärten. 2003 war der erste Austausch, 2019 hatten wir dann gleich sieben Kindergärtnerinnen aus den Partnerkindergärten in Cajamarca zu Besuch, die einen sehr fröhlichen und instruktiven Austausch mit den Kolleginnen aus den zwei Kindergärten bei uns hatten. Das war wirklich eine produktive Sache und die geht jetzt auch zu Corona-Zeiten weiter. Vor kurzem war wieder eine Videokonferenz, wo sie vereinbart haben, dass sie, sobald es möglich ist, nächstes Jahr wieder persönlich hinfahren wollen. Da sind also auch wirklich gute Freundschaften entstanden. In den letzten Jahren waren die Kooperationen der Senioren und Seniorinnen am intensivsten, einschließlich der Senioren-Olympiade. Dann sind wir eingetreten in ein Projekt der „kommunalen Nachhaltigkeitspartnerschaft“ in der Servicestelle „Kommunen in der einen Welt“. Letztes Jahr ist ein Projekt „Gemeinsam gegen Covid-19 in Cajamarca“ hinzugekommen mit einer Finanzierung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in Berlin, die Öffentlichkeitsmaßnahmen in den Kindergärten und Senioreneinrichtungen und Radiospots unterstützt haben. Und relativ neu ist auch die Zusammenarbeit in der außerschulischen Bildungsarbeit von zwei Einrichtungen, die in Treptow-Köpenick und in Cajamarca eine Kooperation eingegangen sind.

Michael Schrick, Gründungsmitglied und zivilgesellschaftlicher Koordinator der Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick mit Cajamarca

Kannst du mittlerweile schon eine Bilanz aus diesen ganzen Projekten ziehen?

Es gibt viele Bilanzen! Zum einen, dass wir in beiden Städten mittlerweile bekannter geworden sind, sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Verwaltung, als auch, dass wir als Freundinnen und Freunde mehr oder weniger zusammengewachsen sind. Wir freuen uns immer, wenn wir uns in Pandemiezeiten per Videokonferenz sehen und austauschen können und uns die letzten Neuigkeiten erzählen und planen können, wie es in Zukunft weitergeht. Die Bilanz des Covid-19-Projekts ist, dass wir einkommenschaffende Maßnahmen für die Seniorinnen und Senioren und auch in der außerschulischen Bildungsarbeit und teilweise auch in den Kindergärten erreichen konnten. Und die Radiospots, die da mitfinanziert wurden, sind mittlerweile in ganz Peru nachgefragt worden, zum Beispiel Spots, wie man richtig Hände wäscht oder Abstand hält.

Was hat dich denn dazu gebracht, dich zu engagieren?

Ich habe Linguistik, Altamerikanistik und Soziologie studiert. Da hatte ich schon als Student relativ viel interessemäßig mit Lateinamerika zu tun. 1979 habe ich an einer Exkursion des Lateinamerikainstituts der FU Berlin teilgenommen, die sich Entwicklungshilfeprojekte in verschiedenen Regionen in Ecuador und Peru angeschaut hat. Ich wäre damals um ein Haar schon nach Cajamarca gekommen, war dann aber doch in anderen Gegenden von Peru und habe anschließend eine Magisterarbeit geschrieben über den Einfluss des Spanischen auf das Quechua in Ayacucho. 1993 bin ich dann mehr oder weniger zufällig von Tempelhof nach Köpenick gezogen und saß dann wieder zufällig in einer Konferenz zu kommunaler Entwicklungszusammenarbeit neben dem Bürgermeister und dem Umweltstadtrat von Köpenick. Als ich dann hörte, es tut sich was mit einer Städtepartnerschaft, vielleicht sogar mit einer Stadt in Peru, bekam ich ganz große Ohren und bin dann dabeigeblieben! Also war ich von Anfang an, seit den ersten Verhandlungen dabei.

Also hast du wirklich schon eine lange Geschichte mit der Städtepartnerschaft! Was bedeutet sie denn persönlich für dich?

Man lernt immer noch dazu, das ist eine gewaltige Horizonterweiterung. Man sieht die Lebensbedingungen und jetzt auch, was während der Pandemie in Peru so vor sich geht, man bekommt mit, wie die Stadt und das Land politisch ticken. Ich versuche mich auch, nicht nur auf die Städtepartnerschaft zu beschränken, ich bin aktiv in der Infostelle, ich bin aktiv in der „Kampagne Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“. Alles das fügt sich ein in einen gemeinsamen Kampf für eine bessere Umwelt und bessere Menschenrechte. Was dazu gekommen ist, ist ein interkultureller Austausch, aber auch ein intergenerationeller Austausch. Und es sind ganz viele persönliche Freundschaften daraus entstanden.

Warst du dann im Rahmen der Partnerschaft oft in Peru?

Zwölf Mal ungefähr! Etwa alle zwei bis drei Jahre, jetzt natürlich weniger. Ich habe auch alle Bürgermeister:innen seit der Wende in Cajamarca begleitet. Und es macht mir immer noch viel Spaß, ich will weiter dabeibleiben.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel besucht den Stand der Städtepartnerschaft bei der Seniorenolympiade 2020. Foto: Michael Schrick.

Ich habe auf eurer Website gelesen, dass ihr euren Partnerschaftsvertrag neu unterzeichnet habt, was hat sich da denn jetzt verändert?

Das war zum einen aus einem eher formalen Grund. Verträge in Peru werden immer nur so lange geschlossen, wie die Amtszeit der jeweiligen Amtsträger ist und meistens wird nach etwa vier Jahren die komplette Verwaltung ausgetauscht und dann kommt immer wieder der Wunsch von Cajamarca, den Vertrag neu zu unterzeichnen. Wir haben dann vorgeschlagen, dass wir uns mal gemeinsam Gedanken machen, wie wir die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen miteinbeziehen können. Daher haben wir beschlossen, auf Basis der Agenda 21 die globale Verantwortung in den Vertrag aufzunehmen. Das sollte dann ein Rahmenvertrag sein, ohne aber konkrete Details festzuschreiben, wie die konkreten Namen von Verantwortlichen. Dazu haben wir vereinbart, dass wir jedes Jahr Arbeitspläne machen, wo wir unsere Vorhaben für das jeweilige Jahr festhalten. Dieser Prozess hat ziemlich lange gedauert, weil diese Art von Verträgen auch für Cajamarca ziemlich neu war.

Wie lange soll der Vertrag jetzt diesmal halten?

So lange, bis es keine Städtepartnerschaft mehr gibt!

Zu meiner letzten Frage: Was hat denn die globale Pandemie für Auswirkungen auf eure Partnerschaft? Hat euch das eher enger zusammengerückt oder die Zusammenarbeit auch erschwert?

Du ahnst die Antwort schon: wir sehen uns jetzt viel häufiger als früher! Dadurch, dass wir so viele gemeinsame Projekte haben und die Mittel der digitalen Zusammenkunft viel weiter verbreitet sind, haben wir häufig im Wochentakt, manchmal auch zweimal pro Woche Videokonferenzen zusammen gehabt. Die Konferenzen zwischen den Kindergärten oder auch den außerschulischen Bildungseinrichtungen sind auch mehr geworden. Das hat also dazu beigetragen, dass es letztendlich keinen Bereich gab, in dem die Zusammenarbeit eingeschränkt war. Ein kleines Problem ist natürlich, dass wir jetzt nicht mehr alle mitnehmen können. Wir haben auch eine Reihe von Älteren in den Arbeitsgruppen, die sich nicht so sehr an die digitalen Konferenzen herantrauen.

Hast du noch abschließende Worte? Etwas, das du gerne noch mitteilen möchtest?

Ja, was ich gemerkt habe in all den Jahren, neben den Aspekten von interkulturellem und intergenerationellem Austausch und Horizonterweiterung, ist, wie wichtig auch eine gewisse Vernetzung ist. Dass man versucht, Allianzen zu gründen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, innerhalb der Infostelle oder in anderen Bereichen gemeinsamer Aktivitäten. Ich versuche auch im Bezirk selber in den Bereichen, die mit den SDGs zu tun haben, weiter vernetzt zu sein. Das hat sich eigentlich in allen Fällen immer als sehr erfolgreich erwiesen.

Dann bedanke ich mich herzlich für das Interview!

Anlässlich der Unterzeichnung der aktualisierten Städtepartnerschafts-Vereinbarung ein Video, was die Städtepartnerschaft für die Menschen in Cajamarca und Treptow-Köpenick bedeutet:

https://youtu.be/PM3vc7eMYYU

Weitere Informationen zur Städtepartnerschaft: https://www.staepa-cajamarca.de

Das Interview führte Clara Uhlemann mit Michael Schrick, Gründungsmitglied und zivilgesellschaftlicher Koordinator der Städtepartnerschaft

7. Revolution mit einem Finger

Ana Estrada hat als erster Mensch in Peru das Recht auf selbstbestimmtes Sterben erstritten – gerade weil sie ihr Leben so liebt. Ein Protokoll ihres Kampfs um Freiheit.

Auf ihren großen Tag hat sich Ana Estrada lange vorbereitet. Sie hat zuerst im Kopf ihre Rede ausgearbeitet und dann mit dem rechten Zeigefinger in ihr Tablet getippt, dem einzigen Finger, den sie noch bewegen kann. Ihre Assistentin Zulma hat das Beatmungsgerät abgeschaltet, dann

die Kanüle immer wieder aus Ana Estradas Luftröhre geholt und den Schleim abgesaugt. Dann hat sie eine neue Kanüle eingesetzt und sie mit einem Stöpsel verschlossen. Für rund zehn Minuten kann Ana Estrada jetzt unter großen Anstrengungen reden. Dann muss ihre Luftröhre wieder abgesaugt werden.

Es ist der 7. Januar 2021. Vor einer Fernseh-Kamera und mit ihrem Tablet auf dem Bett erklärt Ana Estrada per Videoanruf dem Richter und ihrer Fangemeinde in den sozialen Netzwerken, warum sie selber bestimmen will, wann und wie ihr Leben zu Ende gehen soll.

„Ich bin Ana Estrada, bin 44 Jahre alt. Mit zwölf Jahren bekam ich die Diagnose Polymyositis, eine progressive irreversible Muskelkrankheit“, beginnt sie ihre Rede vor dem Landesverfassungsgericht (11. Juzgado Constitucional de la Corte Superior de Justicia de Lima) mit krächzender Stimme.

Beim Rockkonzert sang Ana Estrada in der ersten Reihe mit

Als ich Ana Estrada vor sieben Jahren kennenlernte, krächzte ihre Stimme auch. Am Abend vorher hatte sie sich beim Konzert von *The Cure* die Seele aus dem Leib geschrien, zusammen mit Tausenden von Fans im Fußballstadion von Lima. „Als Rollstuhlfahrerin habe ich einen Platz ganz vorne bekommen“, hatte sie stolz erzählt. Ana konnte damals schon nur noch ihre rechte Hand bewegen. Aber dies reichte, um ihren Rollstuhl, Handy und Tablet zu bedienen. Oder ihre Lippen nachzuziehen, wenn jemand ihr einen Spiegel vor ihr Gesicht mit den haselnussbraunen Augen hielt. Sie konnte sprechen, lachen, einen Pisco Sour mit Strohhalm trinken, essen, was ihr schmeckt – und ihr eigenes Geld verdienen.

Als Psychotherapeutin half sie Menschen dabei, sich auf ihre Stärken zu besinnen. Sie lebte in einer eigenen Wohnung zusammen mit einer Assistentin, die ihr bei den Alltagsverrichtungen half. Ihre Lebenslust und ihr Wille zur Unabhängigkeit waren ungebrochen und beeindruckten mich sehr.

Ana Estrada sitzt seit 24 Jahren im Rollstuhl. Heute sind ihre Muskeln so geschwächt, dass sie nur noch ein paar Stunden täglich sitzen kann. Foto: Jessica Alva Piedra

Horror-Zeit im Krankenhaus

Vier Jahre später, 2017, traf ich Ana zufällig auf der Straße wieder. Sie war in ihrem elektrischen Rollstuhl unterwegs, in Begleitung ihrer Assistentin. Sie hatte nun ein Loch mit einem Stöpsel in ihrer Luftröhre und konnte nur sehr leise und mühsam erzählen, was ihr in den vergangenen beiden Jahren passiert war. Wie ihr unabhängiges Leben zu Ende ging, als die Krankheit auch ihre Atemmuskeln angriff.

Im Jahr 2015 musste sie auf die Intensivstation des staatlichen Krankenhauses verlegt werden. Ärztinnen schoben ihr einen Schlauch durch die Luftröhre und schlossen sie an eine Beatmungsmaschine an.

Über diese Zeit schreibt sie später in ihrem Blog “Ana: Für Sterben in Würde”:

Es ist meine erste Nacht auf der Intensivstation. Ich habe einen Schlauch im Mund und kann nicht sprechen. Ich weiß nicht, wie spät es ist, ich wurde in einen anderen Raum verlegt, weil ich sehr

„unruhig“ sei. Jetzt bin ich weit weg von den anderen Patientïnnen. Hier ist alles dunkel, und auf einmal höre ich die Stimmen meiner Mutter, meines Bruders, meiner Freundinnen. Stimmen, die sich überlappen und keinen Sinn ergeben.

Ich habe eine Panikattacke.

Ich höre einen Radiosender, und dasselbe Lied läuft immer und immer wieder.

Unfreiwillig beiße ich auf den Schlauch, will ihn ausspucken. Ein Alarm geht los. „Ana, beiß nicht auf den Schlauch“, sagt eine Krankenschwester und schaltet den Alarmknopf aus.Ich konzentriere mich und beiße nicht mehr. Ich habe Angst, dass die Krankenschwester mich schimpft.

Das Radio und die Stimmen machen mich wieder verrückt. Jetzt kommt ein Arzt im Praktikum und will mich abhorchen. Ich weiß, es ist eine Fantasie. Nicht wirklich.

„Ana, wenn du weiterhin auf den Schlauch beißt, muss ich dir eine „boca de mayo“ (Anm. eine Art Beißschiene) *anlegen.“ Was ist das? Was will die mir antun? Ist die Krankenschwester wirklich? Ich konzentriere mich.*

Die Stimmen und der Klang des Liedes, das sich immer wiederholt, werden stärker, und ich lenke mich ab und erschrecke. Ich erschrecke mich zu Tode. Ich weiß nicht, ob meine Augen geschlossen oder offen sind. Ich weine. Speichel läuft aus meinem Mund, den ich nicht schlucken kann, weil der Schlauch mich daran hindert. Ich bin in einem Horrorfilm.

Mir kommen Bilder aus den Filmen Johnny zieht in den Krieg (1971) und Der menschliche Tausendfüßler (2009) in den Sinn. Ich fühle mich gefangen und erniedrigt von der Krankenschwester. Ich kann nicht klar sehen. Ich kann nicht schreien. Ich bin an meinen eigenen Körper angenäht. (Blogeintrag vom 13.01.2020)

Nach der Horror-Zeit auf der Intensivstation ändert sich Ana Estradas Leben komplett. Sie darf das Krankenhaus verlassen, aber ihre Wohnung wird zu einer Intensivstation umfunktioniert. Sie hat ein Loch in der Luftröhre, dort ist ihre Beatmungsgerät angeschlossen. Eine Sauerstoffflasche für besonders schwere Attacken steht neben ihrem Bett. Tag und Nacht betreut sie eine Krankenschwester.

Ana Estrada kann nicht mehr sprechen und muss ihre Arbeit als Psychotherapeutin aufgeben. Ihre betagten Eltern ziehen zu ihr in die Wohnung. Ihren geliebten Kater Amaru muss sie verschenken, weil „eine Katze sich nicht mit einer Intensivstation verträgt“, wie sie per Whatsapp schreibt.

Wer in Peru beim Sterben hilft, macht sich strafbar

Während sich ihre Außenwelt immer mehr reduziert auf ihr Krankenzimmer, reift in ihr die Klarheit heran, dass sie nie mehr eine solch fremdbestimmte Horror-Zeit in einem Krankenhaus verbringen möchte. Vor drei Jahren fragt sie schließlich zaghaft einen befreundeten Juristen, ob ihr jemand dabei behilflich sein könne, ihrem Leben ein Ende zu setzen, wenn es denn soweit sein würde. „Hier in Peru unmöglich", ist dessen Antwort. In Peru gilt der Artikel 112 des Strafgesetzbuchs: „Wer aus Mitleid einen unheilbar Kranken tötet, der ihn ausdrücklich darum bittet, und im Bewusstsein, damit seinem unerträglichen Leiden ein Ende zu setzen, wird mit einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als drei Jahren bestraft."

Doch Ana Estrada wäre nicht Ana Estrada, wenn sie sich damit zufrieden gäbe. „Wahrscheinlich hätte ich verdeckte Sterbehilfe organisieren können, aber ich habe nie etwas heimlich getan. Dies ist nicht meine Art", sagt sie im Whatsapp-Interview. Deshalb beginnt Ana Estrada mit dem zu kämpfen, was ihr geblieben ist: ihr glasklarer Verstand, ihre innere Stärke, ihr Talent zu schreiben und in Kontakt zu treten, ihr Tablet, Internet, ein Finger zum Tippen.

Ihr Blog macht Ana Estrada berühmt

Am 17. Januar 2019 gibt sie sich der Welt zu erkennen mit ihrem Wunsch „Ana sucht den würdevollen Tod". Ihr Blog „Ana. Por una muerte digna" (dt. Ana. Für Sterben in Würde) ist geboren.

„Ich hatte große Angst, wie meine Umgebung reagieren würde, aber allen gefiel dieser erste Text und sie ermutigten mich, weiter zu machen. Die Sache wuchs, und nach und nach verlor ich die Furcht, dank der Menschen die mich begleiteten und mir Mut machten", schreibt Ana Estrada.

Schnell werden die Medien auf Anas Geschichte aufmerksam –und durch sie eine junge Fotografin. Jessica Alva ist 32 Jahre alt und auf der Suche nach einem Abschlussprojekt für ihr Fotografie-Studium, als sie von Ana Estrada in einer peruanischen Zeitschrift liest. Sie schlägt ihr vor, sie fotografisch zu begleiten. Ana Estrada willigt ein. Das ganze Jahr 2019 besucht Jessica Alva sie mindestens zweimal pro Woche. Zuerst dokumentierte sie ihre Leben, die täglichen Verrichtungen. Oft bleibt sie nach den Aufnahmen noch zum Plaudern. So entstand die Idee, Ana Estrada in von ihr selbst gewünschten Porträts in Szene zu setzen.

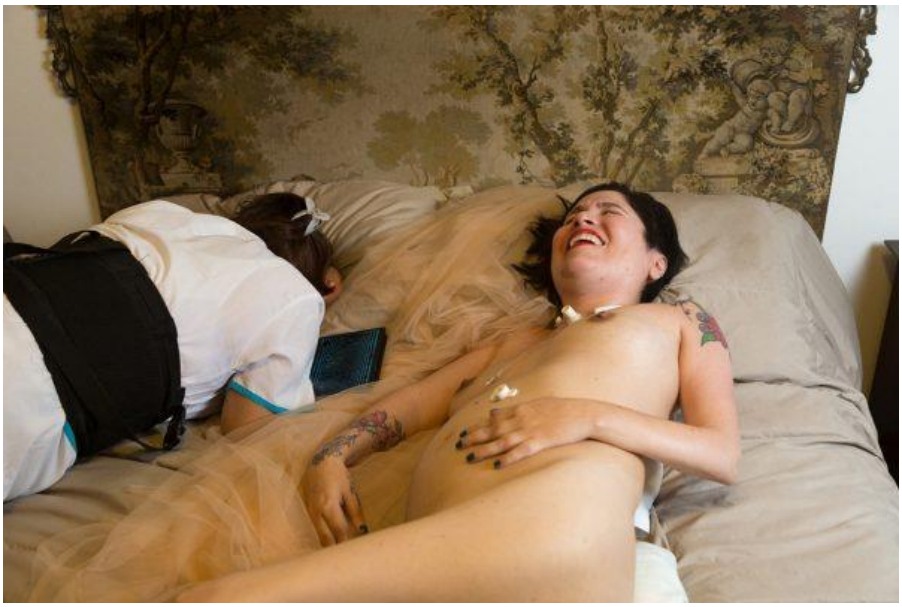
Foto: Jessica Alva Piedra

Mit Aktfotos den geschundenen Körper zurückerobern

Ana Estrada hat sichtlich Spaß daran. Sie zeigt immer mehr von ihrem Körper, lässt sich ihre Arme bemalen, veröffentlicht Fotos ihres nackten Körpers in den sozialen Netzwerken und in einem Film der Deutschen Welle und reflektiert darüber in ihrem Blog.

Ich zeige meinen Körper, weil er für mich literarisches Material ist. Genauso wie mein Schreiben ist es das Authentischste, was ich habe. Diese beiden Waffen haben mich zu einer freien Frau ohne Scham gemacht. Davor gibt es kein Zurück. Wenn eine Frau sich ihres Körpers und ihres Begehrens bemächtigt, dann hält sie niemand auf. Aber wenn eine Frau mit körperlichen Einschränkungen und zwei Fremdkörpern in ihrem Körper sich öffentlich zeigt, dann kann sie unbequeme Fragen und sogar Zensur und Zurückweisung hervorrufen. Denn für die Gesellschaft ist eine Frau mit Behinderung asexuell, ohne Begehren, sie ist keine Frau, sondern ein Mädchen.

Während Ana Estradas Kampf für einen selbstbestimmten Tod sie immer mehr zu einer öffentlichen Person macht, drehen sich die Fotosessions mit Jessica Alva im Zimmer von Ana Estrada um das genaue Gegenteil, um Intimität. Und um Leben. „Ich suchte nicht den Tod, sondern die Schönheit, den Körper, die Erotik“, erzählt die junge Fotografin.



Ana Estrada und ihre Pflegerin kugeln sich vor Lachen auf dem Bett. Foto: Jessica Alva Piedra.

Zu erleben, wie Ana Estrada sich ihren versehrten Körper mittels der Fotografie und der Literatur zurückeroberte, hat tiefen Eindruck bei Jessica Alva hinterlassen. „Ihre Suche danach, wie sie sich mit ihrem Körper ausdrücken kann, hat mich fasziniert. Denn es sind auch meine Fragen: Was bedeutet es, in einem Körper zu wohnen, was bedeutet Freiheit?“

Das Jahr, in dem sie Ana Estrada fotografiert hat, ist Jessica Alva unvergessen: „Dass ich Anas mentale Stärke, ihre Klarheit im Ausdruck und ihre Widerstandskraft so nahe erleben durfte, erfüllt mich mit großer Dankbarkeit und Bewunderung.”

Zwei Jahre vom ersten Blogeintrag bis zur Anhörung

Ana Estradas Stimme, als Worte mit dem Zeigefinger in das Tablet getippt, finden immer mehr Gehör. Jeden Tag solidarisieren sich Menschen auf Facebook, Twitter und Instagram mit Ana Estradas Anliegen. Die peruanische Ombudsstelle nimmt sich ihres Falles an und beantragt einen Schutzmechanismus (span. *acción de amparo*) für Ana Estrada beim Verfassungsgericht.

In ihrem Fall, argumentiert der Ombudsmann, sollte der Artikel 112 des Strafgesetzbuches nicht zur Anwendung kommen, weil Ana Estradas Recht auf einen würdigen Tod Teil des in Artikel 1 der peruanischen Verfassung verankerten Rechts auf ein Leben in Würde sei.

Am 7. Januar 2021, zwei Jahre nachdem Ana Estrada zum ersten Mal mit ihrem Blog in die Öffentlichkeit getreten ist, kommt ihr großer Tag. Das Verfassungsgericht wird Ana Estradas Antrag auf selbstbestimmtes Sterben anhören.

Zulma, ihre Krankenschwester, hat ihre Lunge abgesaugt. Die Rede ist vorbereitet. Fotografin Jessica Alva ist gekommen, um den Moment zu dokumentieren. Der Ombudsmann spricht sein Plädoyer vor dem Verfassungsgericht. Ana Estrada erzählt in den zehn Minuten, die ihre Atemmuskeln ihr zugestehen, warum ihre Lebensgeschichte in den Wunsch nach einem selbstbestimmten Tod mündet.

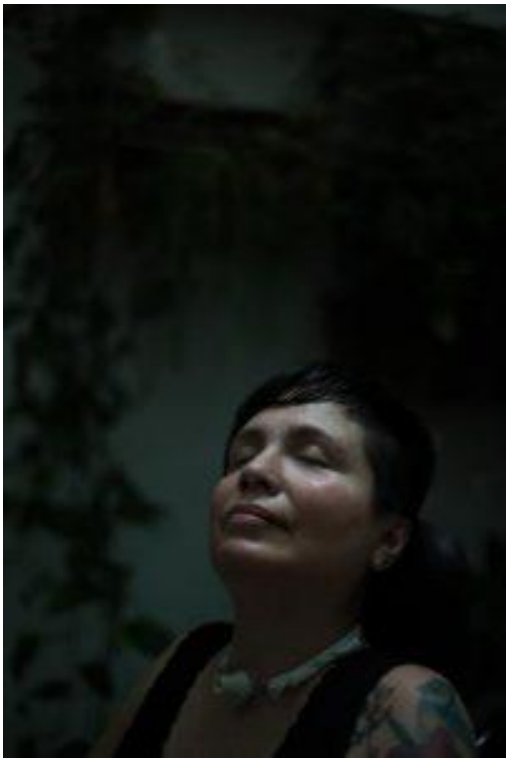


Foto: Jessica Alva Piedra

Das Urteil bringt ihr Freiheit

Am 22. Februar 2021 verkündet das Landesverfassungsgericht sein Urteil. Es weist das Gesundheitsministerium an, Ana Estradas Wunsch auf selbstbestimmten Tod zu respektieren. Keine Instanz legte Berufung ein. Nur das Oberste Verfassungsgericht muss das Urteil noch absegnen.

Für das sonst so konservative Peru ist dies ein revolutionäres Urteil. Als zweites lateinamerikanisches Land nach Kolumbien hat Peru das Recht auf einen würdigen Tod bekräftigt. Ana Estradas beharrlicher Kampf, geführt mit einem Finger vom Krankenbett aus, hat wenige Menschen unberührt gelassen. Inzwischen ist auch ein Gesetzesvorschlag im Kongress eingebracht worden, der das Recht auf selbstbestimmtes Sterben zum Gesetz erheben soll.

Paradoxerweise ist in Peru, in dem so viele Menschen jemand Geliebten an das Coronavirus verloren haben, gerade der Erfolg Ana Estradas auf einen selbstbestimmten Tod einer, der Mut und Hoffnung gibt. Ihre Anwältin Josefina Miró Quesada Gayos von der Ombudsstelle schreibt

dazu im Rechts-Blog *Justicia en las Américas*: „Das Urteil erkennt an, dass die Menschenwürde über dem (biologischen) Leben steht, im Einklang mit Artikel 1 unserer Verfassung."

Für Ana Estrada bedeutet das Urteil vor allem eins: „Jetzt bin ich frei. Mein Kampf war immer einer auf das Recht, wählen zu dürfen."

Ob sie deprimiert sei und deshalb sterben wolle, sei sie oft gefragt worden. Ihre Antwort im Blog, eine Woche nach der Anhörung vor dem Verfassungsgericht:

Wie könnte ich deprimiert sein und zugleich diese große Kampagne aufrecht erhalten, die mit der Zeit gewachsen ist und immer größere Kreise gezogen hat? Ich liebe das Leben. Ich achte es. Ich liebe und werde geliebt.

Text: Hildegard Willer

Blog-Auszüge: Ana Estrada (übersetzt von Hildegard Willer)

Fotos: Jessica Alva Piedra

Der Beitrag erschien zuerst auf der Plattform freier Journalisten www.riffreporter.de

8. Zwangssterilisierte Frauen wollen Gerechtigkeit

Und zwar seit 24 Jahren. Nun wurde ihr Prozess wieder aufgenommen.

Einmal mehr scheint die Justiz den Tausenden von Frauen den Rücken zu kehren, die während der zweiten Amtszeit von Alberto Fujimori zwischen 1996 und 2000 Opfer der staatlichen Politik der Zwangssterilisationen wurden. Seit 24 Jahren fordern die Opfer vom peruanischen Staat zumindest den Anschein von Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung, sowohl durch Gerichtsprozesse als auch durch Verhandlungen und Gespräche zwischen den Opferverbänden und dem Staat. Aber nichts scheint Wirkung zu zeigen.

Die ersten Untersuchungen, die die chirurgischen Eingriffe in Form von Eileiterligatur und Vasektomie ohne Zustimmung oder mit Täuschung als Methode der Familienplanung an die Öffentlichkeit gebracht haben, wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt. Es folgten Untersuchungen durch die staatliche Ombudsstelle *Defensoría del Pueblo* und den Kongress zwischen 1999 und 2002. Die von der Ombudsstelle erarbeiteten offiziellen Berichte haben uns die vollständigsten Informationen über das Ausmaß der Zwangssterilisationen gegeben. Sie stellen fest, dass zwischen 1996 und 2001 272.028 Frauen und 22.004 Männer sterilisiert wurden. Es ist unglaublich, dass es seit 2002 keinen offiziellen Bericht des peruanischen Staates gibt, der Rechenschaft über die Anzahl der Betroffenen und darüber abgibt, wie die Tausenden betroffenen Menschen in ihrem Leben, ihrer Gesundheit und ihrer körperlichen Unversehrtheit und anderen Rechten beeinträchtigt wurden.

Foto: Andina

Ein langer Weg zur Gerechtigkeit

Dann kamen die Strafanzeigen. Der gerichtliche Weg schien und scheint immer noch der geeignete Weg zu sein, um nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch Wiedergutmachung für alle Opfer zu erreichen. Trotzdem wurden die Verfahren vor den Strafgerichten mehrfach eingestellt. Einmal im Jahr 2004 und erneut im Jahr 2009. Dann wurden angesichts der Tatsache, dass es sich um ein und dasselbe Verbrechen handelt, bei dem es viele Opfer gibt, alle Ermittlungen zusammengeführt, um nur noch eine Ermittlungsakte zu haben. Das Verfahren wurde 2011 wiedereröffnet. Die Anklage wurde geändert: Fujimori, seine ehemaligen Gesundheitsminister und andere Behörden konnten nicht mehr wegen des Verbrechens des Völkermordes angeklagt werden. Nun wurde wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen ermittelt. 2014 entschied ein Staatsanwalt, dass Fujimori und seine Minister nicht angeklagt werden können. Die Verteidigung der Opfer legte Berufung ein. 2015 wurde der Fall erneut auf Eis gelegt. Gegen diese Entscheidung wurde erneut Berufung eingelegt. Nach weiteren drei Jahren des Wartens beschloss die zuständige Staatsanwaltschaft schließlich im Jahr 2018, eine formelle Klage gegen Fujimori und andere Verantwortliche einzureichen: wegen Verbrechen gegen die Gesundheit, das Leben und die körperliche Unversehrtheit in Form von Körperverletzung mit Todesfolge, im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen.

Strafanzeige erst 2018

Ein schwer zu verstehender Weg war das für die Opfer, und ist es immer noch. Obwohl 2018 offiziell Strafanzeige gestellt wurde, um die Strafverfolgung einzuleiten, vergingen weitere zwei Jahre, bis die Anhörungen zur Begründung der Anklage begannen. Am 11. Januar 2021 sollte schließlich, nach mehrmaligem Verschieben, die Anklageverlesung beginnen, die direkte

Begegnung zwischen den Opfern, ihrer Verteidigung und den Tätern. Die Anhörung wurde jedoch unterbrochen, weil die Justiz keine Übersetzung für die Opfer, deren Muttersprache Quechua ist, sichergestellt hatte, um ihnen zu helfen, das Geschehen in der Anhörung zu verstehen.

Nach zwei weiteren Monaten des Wartens wurde die Anhörung am 1., 2. und 3. März wieder aufgenommen. Dann sollte sie am 15. März weitergehen, wurde aber wieder ausgesetzt. Die Verzögerung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es mehr als 2.000 geschädigte Frauen gibt. Die hohe Anzahl an beteiligten Parteien macht den Prozess noch komplexer. Am 24. März wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Jetzt warten wir darauf, dass der zuständige Richter Rafael Martinez den Termin bekannt gibt, an dem die Anhörungen fortgesetzt werden.

In der Phase der Anklageerhebung

Das Verfahren befindet sich also gerade in der Phase der Anklageerhebung durch den zuständigen Staatsanwalt. Hier wird die juristische Einordnung der Verbrechen, die Fujimori und den übrigen Verantwortlichen vorgeworfen werden, überprüft. Eines der wichtigsten Prinzipien im Zugang zur Justiz für Opfer von Menschenrechtsverletzungen ist, dass Gerichtsverfahren nicht verzögert werden dürfen,um die Durchsetzung ihrer Rechte, die Wahrheitsfindung und mögliche Wiedergutmachung nicht zu gefährden. Es ist daher zu hoffen, dass sich diese Phase trotz der Komplexität des Falles nicht weiter verzögert und der Prozess nicht noch Jahre dauert.

Verzögerungen sind kein Zufall

Trotzdem und trotz der Schwere des Falles sind der fehlende politische Wille und die unzähligen gezielten Verzögerungen seitens der peruanischen Justiz offensichtlich. Es ist kein Zufall, dass seit den ersten Anschuldigungen mehr als 24 Jahre vergangen sind und der Fall bis heute nicht vollständig verfolgt wurde und sich immer noch im Stadium der Begründung der Anklage befindet, die immer wieder ausgesetzt wird. Es ist auch kein Zufall, dass es im peruanischen Fall der Zwangssterilisationen trotz der Existenz eines Registers der Opfer von Zwangssterilisationen (REVIESFO) seit 2015 nicht einmal eine Spur von staatlicher Wiedergutmachung für die Tausenden von Betroffenen gibt, die weiterhin mit den Folgen eines chirurgischen Eingriffs in ihr Leben und ihre Gesundheit leben müssen, den sie nicht wollten oder dem sie sich unter falschen Vorwänden unterzogen haben.

Wir wissen nicht, wie lange die Opfer noch warten müssen. Sie haben schon viel zu lange gewartet. Auch auf der Ebene der internationalen Rechtssprechung scheint es keine Fortschritte zu geben. 2010 wurde eine Petition bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) für einen Fall zwangssterilisierter Frauen eingereicht. Sie befindet sich immer noch im Stadium der Überprüfung der Zulässigkeit, ohne erkennbaren Fortschritt. Im Jahr 2003 wurde vor

derselben IACHR eine gütliche Einigung zwischen dem peruanischen Staat und den Angehörigen von Mamérita Mestanza, einem der Todesopfer durch Sterilisierung, erzielt. Und auch hier wurde der Pflicht zur Wiedergutmachung nicht vollständig nachgekommen.

Es scheint also eine trostlose und schwierige Situation für die Tausenden von Opfern zu sein. Es gibt jedoch eine große Anzahl von organisierten Frauen, die unablässig fordern, dass der Staat sich um sie kümmert und ihre Rechte garantiert, und die trotz so vieler Jahre des Widerstands nicht nachlassen. Aber so sollte es nicht sein. Die Wiedergutmachung und der Zugang zur Justiz sollten nicht vom mächtigen Aktivismus der Opfer und der Organisationen, die sie verteidigen, abhängen, sondern von der Verantwortung des Staates für das Geschehene, und auch von den direkt Verantwortlichen, d.h. Alberto Fujimori und den Behörden, die die Urheber dieses malthusianischen Plans *(Anm. der Übersetzerin: Plan zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums)* waren. Man sagt, dass Gerechtigkeit, die länger dauert, weniger gerecht ist. Hoffen wir, dass dies für die Zwangssterlisationen nicht zutrifft, und dass es bald Gerechtigkeit gibt.

Andrea Carrasco Gil

(Justistin, Forscherin zu Gender und Menschenrechten. Mitglieder der Begleitgruppe für Entschädigungen der Opfer der Zwangssterilisierungen GREF).

Übersetzung´: Annette Brox

9. Keine kluge Strategie gegen den Terrorismus

Das spanische Wort „Inteligencia“ ist in der Polizeiarbeit ein Synonym für den polizeilichen Nachrichtendienst und bedeutet gleichzeitig Intelligenz.

Mit dieser doppelten Bedeutung im Hinterkopf habe ich mehrmals gehört, dass Polizisten ihre Kollegen vom Nachrichtendienst die „inteligentes“ (die Klugen) nennen. In diesem Beitrag stelle ich aber in Frage, dass die „Operation Olimpo“ eine kluge Strategie gegen den Terrorismus ist.

Zu Beginn zwei Klarstellungen: Zunächst bin ich wie die Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR) der Meinung, dass die *Kommunistische Partei Sendero Luminoso* und das *Movimiento Revolucionario Tupac Amaru* für massive und schreckliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Auf aktuelle Versuche dies zu leugnen, muss entsprechend reagiert werden. Deswegen schrieb ich den Beitrag „Jahrestag: Der Leuchtende Pfad und die Festnahme von Abimael Guzmán“ im Oktober 2020 für das InfoPeru. Zweitens war die Leistung der Polizei mit der „Grupo Especial de Inteligencia“ (GEIN) entscheidend für den Frieden in Peru, insbesondere 1992, als Abimael Guzmán Reynoso inhaftiert wurde.

Aber während des bewaffneten Konflikts (1980-2000) wurden sowohl Terrorist*innen als auch Personen, die nicht zu bewaffneten Gruppen gehörten, Opfer von willkürlicher staatlicher Gewalt. Das ist meiner Ansicht nach auch bei der aktuellen „Operation Olimpo“ der Fall, die Innenminister Vargas an seinem letzten Tag im Amt als den „Gnadenschuss“ gegen den Terrorismus lobte (Mininter, 2. Dezember 2020).

Bei der „Operation Olimpo“ wurden Anfang Dezember 2020 nach langen Ermittlungen des Nachrichtendienstes der Polizei 72 Mitglieder des *„Movimiento por la Amnistía y los Derechos Fundamentales“ (Movadef)* inhaftiert. Movadef ist eine Gruppe, die Sendero Luminoso nahesteht und die Verantwortung von Sendero Luminoso für Menschenrechtsverletzungen in Frage stellt. Movadef hat bis jetzt keinen Terroranschlag verübt, und es sind auch keine Pläne von Movadef für Terroranschläge bekannt. Was die Polizei in ihren langen Untersuchungen für die „Operation Olimpo“ fand, sind Beweise, dass *Movadef* mit *Sendero Luminoso* sympathisiert, insbesondere mit dem nicht mehr aktiven Flügel von Abimael Guzmán.

Foto: Andina Difusion

Die fehlenden Beweise für die Planung einer terroristischen Tat reichen aus, die „Operation Olimpo“ in Frage zu stellen. Die Polizei hat nichts Konkretes gegen die Movadef-Mitglieder in der Hand.

Trotzdem sieht das peruanische Strafrecht eine Möglichkeit für die Verfolgung vor: die etwas abstrakten Straftaten wie "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und "Verherrlichung des Terrorismus". In der juristischen Untersuchung wurde die These aufgestellt, dass die Movadef-Mitglieder Mitglieder einer kriminellen Organisation sind. Das ist schwer zu beweisen, nicht nur, weil Movadef selbst keine terroristischen Straftaten begangen hat, sondern auch weil die

Verbindung zwischen *Sendero Luminoso* und *Movadef* nicht klar ist. Es reicht natürlich nicht, dass *Movadef* eine positive Meinung über Abimael Guzmán und Sendero Luminoso hat. Zuerst muss bewiesen werden, ob Sendero eigentlich noch existiert und dass *Sendero Luminoso* immer noch aktiv ist.

Zum Schluss: Was mich außerdem an der „Operation Olimpo“ zweifeln lässt, ist die Tatsache, dass der Fall politisch benutzt wird. Ganz oft bekommt man mit, dass in Peru ein Gegner diskreditiert wird, indem man ihn beschuldigt, ein Terrorist zu sein ("terruqueo"). Auch Innenminister Vargas war Opfer von „terruqueo“. Sein Halbbruder war in der Tat Mitglied von Sendero Luminoso. In diesem Kontext zeigte der Innenminister mit der „Operation Olimpo“ seine klare Ablehnung von Sendero.

Trotz all dieser offenen Fragen wurden 72 Personen inhaftiert, und viele mussten monatelang unter schlechten Gesundheitsbedingungen in Corona-Zeiten im Gefängnis sitzen. Nach juristischen Entscheidungen wurden im März 2021 einige Inhaftierte frei gelassen.

César Bazán Seminario

10. Altbischof Luis Bambarén ist tot

Der Verfechter der Menschenrechte starb 93-jährig in Lima an Covid-19.

„Worte können begeistern, Taten überzeugen“. Dieser Spruch trifft sehr gut auf Bischof Luis Armando Bambarén Gastelumendi SJ zu. Zwischen seiner Geburt im Jahr 1928 (in Yungay, in der Andenregion Ancash) und seinem Tod am 19.3.2021 liegt ein intensives Leben, wie er sagte und über ihn gesagt wurde: Ein Leben für die Armen und die Menschen, die keine Stimme haben.

Seit seiner Studienzeit war er Jesuit. Er wurde 1968 zum Weihbischof von Lima geweiht und setzte sich speziell für die sich stark ausbreitenden Armenviertel Limas ein,. Seit 1978 wirkte er in der peruanischen, konfliktreichen Hafenstadt Chimbote und wurde 1983 der erste Bischof des neuen Bistums Chimbote. Diese Stadt war bekannt wegen der übelriechenden Luft durch die örtliche große Fisch(mehl)-Industrie und der unmenschlichen Zustände in den sich rasch in der Wüste ausbreitenden Elendsvierteln. 1998 wurde er zum Präsidenten der peruanischen Bischofskonferenz gewählt. Hier war er aktiv bis 2003. Sein übliches altersbedingtes Rücktrittsgesuch mit 75 nahm Papst Johannes Paul II .zum Februar 2004 an.

Im Gedächtnis bleibt er den Menschen, die als Kinder oder Erwachsene mit seinem Engagement zu tun hatten, wie denjenigen, die in vielen sozialen Kämpfen das Armenviertel Villa El Salvador (in Lima) aufbauten. Hier scheute er auch Konflikte mit der damaligen Militärregierung nicht, die den Aufbau eigenständiger Organisationen kritisch sahen, und die ihn für sein Engagement für diese Menschen auch verhafteten.

Foto: Andina

Beispielhaft steht in Chimbote sein Eintritt gegen eine kriminelle Bande, die sich eines Hauses für geistig behinderte Familien bemächtigten, um so an die für diese gespendeten Lebensmittel zu kommen. Hier unterstütze er die Elternorganisation der Kinder, klärte wohl in einer sehr hitzigen Versammlung in seiner Art den Konflikt. Wie die Menschen sagten: In Worten zurückhaltend, in seiner Haltung sehr deutlich, schaffte er es, dass die Anführer der Bande sich zurückzogen.

Anders als sein Bischofskollege, der spätere Erzbischof von Lima und Kardinal Juan Luis Cipriani, zeigte er eine „klare Kante“ gegen die Menschenrechtsverletzungen des Leuchtenden Pfads (Sendero Luminoso) und des Militärs. Der Leuchtende Pfad rief immer wieder zu „bewaffneten Streiks“ auf mit der Androhung, alle zu ermorden, die an diesem Tag ihr Haus verlassen würden.

Dennoch motivierte und organisierte Bischof Bambarén einen Protest gegen Sendero, in dem engagierte Menschen mit vielen Musikgruppen in einem frohen Zug, enem sogenannten "pasacalle" durch Chimbote zogen. Die Menschen verloren so die Angst vor dem Leuchtenden Pfad.

Besonders wichtig war seine Aufgabe als ständiger Beobachter in der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission zur Aufarbeitung der brutalen Menschenrechtsverletzungen im bewaffneten internen Konflikt durch Leuchtenden Pfad, Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru (Movimiento Revolucionario Túpac Amaru - MRTA), Polizei und Militär.

Ähnliche Beispiele aus seiner priesterlichen Tätigkeit gäbe es viele. Bischof Bambarén hinterlässt eine große Lücke in der kirchlichen Hierarchie als wirklich guter Hirte für diejenigen, die unterdrückt und ausgebeutet werden.

Heinz Schulze

11. Impfgate in Peru

Es ist davon auszugehen, dass in vielen Ländern bei der Bestellung von Impfdosen, bei der „Vorzugsimpfung“ (und bei der Vermittlung von Schutzmasken wie in Deutschland) nicht alles korrekt abläuft. So auch in Peru. Aber, dort wird es dann doch aufgedeckt.

In verschiedenen peruanischen Zeitungen wurden zum Beispiel Listen von 478 „VIP-Personen“ aufgeführt, die sich vorab haben impfen lassen, als überhaupt noch keine Impfdosen in Peru offiziell zur Verfügung standen. Die Namen sagen uns hier wenig und sind auch nur die berühmte Spitze des Eisbergs. Hier eine gekürzte Übersetzung aus der Wochenzeitschrift "Hildebrandt en sus trece" vom 19.2.2021:.

Bei den Verhandlungen um den Impfstoff Sinopharm aus China wurden vorab als Freundschaftsgabe 3.200 Impfdosen geliefert, im Gegenzug sollte die peruanische Regierung keine Kaufverhandlungen mit anderen Unternehmen wie Pfizer tätigen. So geschah es. Die peruanische Regierung hat im November 2020 die Verhandlungen mit Pfizer über 1.750 Impfdosen abgebrochen. Pfizer hatte wohl zugesagt, im Dezember 2020 75.000 Impfdosen fest zu liefern. Das peruanische Außenministerium, zuständig für diese Verhandlungen, betont nachträglich vor der Presse, dass sie die Verhandlungen abgebrochen haben, weil Pfizer verlangte, für keinerlei Nebenwirkungen aufkommen zu müssen, und staatliche Bankguthaben und staatliche Besitztümer Perus im Ausland bei Nichtzahlung pfänden zu dürfen. Peru hat 38 Millionen Impfdosen bei Sinopharm, wohl zu einem höheren Preis als bei anderen Anbietern gekauft. Informiert wird, dass eine Million Dosen für ca. 94 Millionen Soles, ca. 30 Millionen Dollar, am 7.1.2021 bestellt wurden.

Vorab gab es eine Versuchsreihe mit Sinopharm in Peru. Daneben gab es aber die Sonderlieferung zur freien Verfügung durch die chinesische Botschaft in Peru und die mitmachenden Kliniken. Diese kamen bereits am 2.9.2020 in Peru an. Wichtige Personen, wer auch immer das war, wurden damit vorab geimpft, die meisten auch zweimal, also Politiker*innen, Diplomat*innen, Ärzt*innen, Geschäftsleute, Lobbyisten. Hierzu gehörten, um nur einige zu nennen: Der Ex-Präsident Vizcarra (mit seinem ganzen Familienclan), die Gesundheitsministerin (die nach dem Bekanntwerden zurücktrat), der Vertreter des Vatikans (Nuntius) in Peru, so auch über die Hälfte der Mitglieder des offiziellen Corona-Koordinierungskreises. Hohe Funktionäre des Außenministeriums und auch die damalige Aussenministerin Elizabeth Astete. Ihre Rechtfertigung nach dem Bekanntwerden: Ich konnte mir nicht den Luxus erlauben, krank zu werden.

Die damalige Gesundheitsministerin Mazzetti, die am 6.2.21 ihre zweite Impfung erhielt, während vor den Kliniken und auf den Intensivstationen hunderte Menschen starben, äußerte sich noch danach vor den Kameras: „Ich lasse mich erst impfen, wenn alle Anderen des medizinischen Personals geimpft sind. Der Kapitän verlässt als letzter das Schiff." Jüngste Zahlen belegen, dass über 300 Ärztinnen und Ärzte, 125 Krankenschwestern und 525 Polizist*innen an Covid 19 starben.

Treibende Kraft war wohl der zuständige Funktionär Jorge Jarama Alyan im peruanischen Gesundheitsministerium und der leitende Arzt der Versuchsreihe.

Diese Vorab-Impfung durch die Impfdrängler erzeugte eine tiefe, riesengroße Empörung, auch angesichts der Tatsache, dass durch fehlende Impfungen in Peru über 100.000 Menschen an Covid 19 starben.

Und in dieser Grundstimmung des absoluten Misstrauens gegenüber der politischen „Elite“ und hohen Funktionären fanden am 11. April 2021 nationale Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Peru statt.

(Autor: Americo Zambrano, in Hildebrandt Nr. 527, Lima, 19.2.2021; gekürzte Übersetzung Heinz Schulze)

12. Kurz gemeldet April 2021

Impfstand, Regenwald, Schulsituation - aktuelle Meldungen aus Peru.

Schlechte Aussicht auf Impfung

Am 8. Februar kamen die ersten Impfdosen der chinesischen Firma Sinopharm in Peru an, am 9.3. wurde der erste Arzt geimpft. Der Impflan sah das an der vordersten Linie tätige Gesundheitspersonal als prioritär an. Auf Drängen der Bevölkerung wurden danach auch die Senioren in den Impflan aufgenommen. Nachdem die Impfungen bisher schleppend verliefen und mit Schummeleien im Impfregister – so wurden Berufsgruppen geimpft, die keinen Kontakt mit

Covid-Kranken hatten - , hat die Regierung Anfang April eine neue Impfstrategie vorgelegt. Zuerst sollen die über 80-Jährigen geimpft werden, und zwar unabhängig vom Versicherungsinstitut, dem sie angehören. Die Impfung ist gratis und universal – also auch für Ausländer*innen. Dazu wurden in allen Stadtteilen – zuerst in Lima, danach sollen auch Provinzstädte drankommen – Impfzentren errichtet. Am 16. April fand der erste universelle Impftag für Menschen ab 80 Jahren in Lima statt.

Am 15. April sind in Peru 676 140 Menschen geimpft worden, das sind 2 – 3 % der Bevölkerung. Bis Ende Juli, also zur Regierungsübergabe, werden erst 20% der bereits gekauften Impfdosen ausgeliefert sein. Momentan werden Impfstoffe der Firmen Sinopharm, Pfizer und Astra Zeneca verimpft.

Es wird mindestens bis Ende Jahr dauern, bis alle Peruaner*innen geimpft sind. Die Impfung bietet also keine kurz- oder mittelfristige Strategie, um das Corona-Virus in Schach zu halten. Peru hat weltweit die höchste Übersterblichkeit (die Zahl der Toten im Vergleich zur durchschnittlichen Todeszahl vor Corona). Die zweite Welle ist nie abgeebbt, seit Auftauschen der brasilianischen Mutante steigen die Zahlen der Infizierten erneut steil an.

Regenwald für Landwirtschaft geopfert

Von den 4,9 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche, die das Amazonasgebiet 2018 verzeichnete, sind mehr als 1,1 Millionen Hektar Waldfläche gewesen und zwischen 2001 und 2017 verloren gegangen. Das geht aus einem neuen Bericht des „*Proyecto de Monitoreo de la Amazonía Andina*“ hervor, der den Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Entwaldung im peruanischen Amazonasgebiet untersucht. In den Regionen Loreto, San Martin, Ucayali und Madre de Dios wurden die abgeholzten Flächen für den Anbau von Ölpalmen und Kakao genutzt.

https://www.servindi.org/actualidad-producciones-audios/15/03/2021/nuestro-resumen-semanal-de-noticias-de-peru

Eine weitere neue Studie von Oxfam mit dem Titel „*Agronegocios y crisis climática en el Perú*“ untersucht den Kohlenstoffausstoß pro Hektar Land, der von den riesigen Ölpalmenplantagen (89.725 Hektar) und Kakaoplantagen (5.458 Hektar) verursacht wurde. Seit 2013 sind das allein auf den Kakaoplantagen 87.040 Tonnen Treibhausgase gewesen, das ist vergleichbar mit dem jährlichen Ausstoß von etwa 69.000 PKW. Oxfam und seine Partner hoffen, ihr Bericht werde helfen, auf das Agrarministerium Druck auszuüben, damit es seine Forstpolitik verstärke und Waldschutzmaßnahmen verbessere.

https://www.oxfamamerica.org/explore/stories/new-data-shows-deforestation-in-peruvian-amazon-responsible-for-sizable-carbon-emissions/

Frauenhaus in Cajamarca eröffnet

Die Wohltätigkeitsorganisation von Cajamarca kündigte an, dass sie eine Notunterkunft in der Stadt Cajamarca einrichten wird, die bis Ende März fertig gestellt sein soll. Cajamarca ist eine der wenigen Städte, die bis jetzt noch keine Unterkunft hatte für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind.

Es handelt sich um eine vorübergehende Unterkunft für drei Jahre, währenddessen soll ein größeres Frauenhaus gebaut werden. Bis zum vergangenen Jahr wurden Frauen in der Herberge „Nuestra Señora de la Caridad“ betreut, die aber aufgrund der Covid-19-Pandemie den Betrieb eingestellt hat.

Die Idee ist, ein nachhaltiges Projekt in Gang zu setzen, bei dem die Frauen während ihrer Zeit in der Unterkunft ein Produkt herstellen, bis sie ihre rechtliche Situation geklärt haben. Sie sollen ökonomische Autonomie bekommen, denn die meiste Gewalt ist darauf zurückzuführen, dass einige Frauen, die nicht arbeiten, von ihren Männern abhängig sind. Außerdem bekommen sie dort psychologische Behandlung, die ihnen ein besseres Leben ermöglichen soll.

https://andina.pe/agencia/noticia-cajamarca-implementara-casa-refugio-para-mujeres-victimas-violencia-834811.aspx

Fridays for Future Peru organisiert Umweltdebatte zum „Escazu-Abkommen“ mit Präsidentschaftskandidat*innen

In einer „Umweltdebatte“ stellten sich sieben Präsidentschaftskandidat*innen am 12. März den Fragen von Fridays for Future und 20 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Kandidat*innen Veronika Mendoza (Juntos por el Peru), Julio Guzman (Partido Morado), Marco Arana (Frente Amplioi) und Ollanta Humala (Partido Nacionalista) präsentierten ihre Vorschläge zu Umweltthemen und positionierten sich für das Abkommen, während Rafael Santos (Patria Segura) und Rafael Lopez Aliaga (Renovacion Popular) immer wieder wiederholten, dass sie gegen das „Escazu-Abkommen“ seien, weil es angeblich die Souveränität Perus beeinträchtigen würde. Diese Behauptungen waren Teil einer Desinformationskampagne gegen den internationalen Vertrag.

https://redaccion.lamula.pe/2021/03/12/debate-ecologico-presidencial-elecciones-acuerdo-escazu-medio-ambiente-emergencia/redaccionmulera/?fbclid=IwAR0prD93jXrSPej9AmB-xIPeUSaaAOYpaFIYUwAjDnFODtDRY8pFnoWoC38

Eine Woche später, am 19. März, dem weltweiten Klima-Aktions-Tag, beteiligte sich Fridays for Future Peru auch in einem Bündnis aus mehr als 20 Netzwerken und sozialen Institutionen, um darauf aufmerksam zu machen, dass der Klimanotstand und die Zerstörung der Natur eine reale Gefahr sind. Sie fordern „Schluss mit falschen Lösungen!“ und fordern die

Präsidentschaftskandidat*innen auf, den „Pacto Ecosocial“ zu unterzeichnen, um der Klimakrise entgegenzutreten. In einem digitalen Streik organisierten sie ein Panel mit Vertreter*innen von AIDESEP, FEMUCARINAP und Viernes Por El Futuro, um den „Pacto Ecosocial“ vorzustellen und zu diskutieren.

https://www.servindi.org/19/03/2021/alianza-ecosocial-se-une-jornada-global-de-accion-climatica

Mehr als 700.00 Schüler und Schülerinnen in Peru gefährdet, die Schule abzubrechen

Ein Jahr nach der Pandemie sind Lateinamerika und die Karibik noch immer die Weltregion mit der größten Anzahl Schüler*innen, die nicht in ihren Klassenzimmern unterrichtet werden. In Peru hat die Regierung eine Richtlinie beschlossen, nach der zuerst Schulen in Regionen mit niedrigen Inzidenzwerten geöffnet werden sollen, im zweiten Schritt diejenigen, die fließendes Wasser zum Händewaschen, genügend Masken, Seife, Desinfektionsmittel und Reinigungsprodukte vorweisen können.

Die Unicef-Direktorin für Lateinamerika und die Karibik Jean Gough, warnt: „Das ist die schlimmste Bildungskrise, der die Region in ihrer modernen Geschichte erlebt hat. Viele Kinder haben bereits ein Jahr ihrer Schulzeit verloren, jetzt sind sie dabei ein weiteres zu verlieren. Und jeder weitere Tag ohne Präsenzunterricht bringt die vulnerabelsten Kinder weiter in die Gefahr, die Schule für immer abzubrechen.“

https://www.inforegion.pe/283585/mas-de-700-mil-estudiantes-estarian-en-peligro-de-dejar-la-escuela-en-el-peru/

Peru ist weit entfernt davon, Ziel 6 der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen von sauberem Wasser für alle bis 2030 zu erreichen

Zurzeit haben noch immer 3 Millionen Peruaner*innen keinen Zugang zu Wasserversorgung und nur 50% der Bevölkerung nutzt eine sichere Trinkwasserversorgung. 8,2 Millionen Menschen fehlt außerdem der Zugang zur Abwasserentsorgung, während das Gefälle zwischen Stadt und Land sehr groß ist. So haben 25,3 % der Landbevölkerung und 4,7 % der Stadtbevölkerung keinen Zugang zu den öffentlichen Wassernetzwerken.

Peru ist weit entfernt davon, SDG 6 zu Wasser und Sanitärversorgung zu erreichen, auch weil die Indikatoren für dieses Ziel fordern, dass Trinkwasser- und Sanitärversorgung sicher geführt werden, was nur für 50% der Bevölkerung zutrifft. Städte wie Arequipa, Callao, Lima und Tacna liegen mit einem sicheren Zugang zu Wasser für 74% der Bevölkerung weit über dem nationalen Durchschnitt.

Der kürzlich erschienene Bericht der OECD gibt nach seiner Analyse auch Empfehlungen zur Stärkung und Verbesserung des Zugangs zu Wasserressourcen.

https://www.servindi.org/actualidad/29/03/2021/ocde-gobernanza-del-agua-en-el-peru

Gletscherschmelze verstärkt Gefahr von Überschwemmungen in Huaraz

Im Jahr 1941 stürzten große Felsen der Gletscher Paicaraju und Pucaranra in den See Palcacocha in den zentralen peruanischen Anden. Dieser trat über seine Ufer und zerstörte mit einer riesigen Schlamm-Wasserlawine die darunter liegende Stadt Huaraz. Dabei wurden 4.800 Personen getötet.

Der dort lebende Bauer und Bergführer Saul Luciano hat, mit Unterstützung durch GermanWatch das Energieunternehmen RWE verklagt. Die Begründung: RWE ist mit schuldig für die Erderwärmung und somit für die Gletscherschmelzen und somit auch anteilmäßig für die mögliche Gefahr einer neuen Überschwemmungskatastrophe in seiner Stadt.

Aktuell ist die Gefahr einer neuen Überschwemmung des Sees Palcacocha hoch. Der vorhandene Schutzdamm reicht nach Expertenmeinung nicht mehr aus.

Der Geologe, Ing. Juan Torres vom peruanischen Institut zur Überwachung der Gletscherrisiken (INAIGEM) zeigt anhand seiner Studien, dass die vorhandenen Überflussrohre und die vorhandene Schutzmauer nicht mehr ausreichen angesichts der zunehmenden Gletscherschmelze. Er weist auf Vorzeichen hin wie im Jahr 2003 und am 31.5.2017, als große Felsen in den See gefallen waren und eine Flutwelle von bis zu drei Metern erzeuigten. Seine Befürchtung: Eine neue Überschwemmung kann über 20.000 Menschenleben kosten.

Zusammengestellt von Clara Uhlemann, Heinz Schulze, Hildegard Willer und Annette Brox

13. ISP-News

Neuigkeiten aus der Arbeit der Infostelle Peru in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland ratifiziert ILO 169

Am 15. April 2021 hat der Bundestag die Ratifizierung der Konvention Nr. 169 der Internationen Arbeitsorganisation zum Schutz indigener Völker beschlossen. Damit bekennt sich Deutschland solidarisch gegenüber den etwa 6.000 indigenen Völkern auf der Welt. Allein in Peru sind 64 dieser Völker beheimatet, deren offiziell durch den peruanischen Staat anerkannten Rechte heute vielfach bedroht sind. Die Rohstoffförderung (bspw. Kupferbergbau in den Anden, Gold- und Erdölförderung im Regenwald) und die monokulturelle Nutzung großer Regenwaldflächen durch

internationale Konzerne (etwa in Form von Palmölplantagen) gefährden zunehmend den die Lebensräume der indigenen Völker. Dabei sind es gerade die indigenen Gemeinschaften, die einen erheblichen Teil zum Erhalt der Umwelt und zum Klimaschutz weltweit beitragen.

Durch die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 übernimmt Deutschland globale Verantwortung im Menschenrechts- und Klimaschutz.

Die Informationsstelle Peru e.V. hat als Mitglied des Koordinationskreis ILO 169 Deutschland, einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Unterzeichnung des Abkommens schon lange gefordert. Nun gilt es, eine Strategie zu erarbeiten, die die Umsetzung und Anerkennung der Rechte indigener Völker in allen Politikbereichen zur Selbstverständlichkeit macht.

Foto: www.ilo169.de

Jetzt kommt‘s drauf an: Lieferkettenbrief schreiben

Anfang März hat sich das Bundeskabinett auf einen Kompromiss zum Lieferkettengesetz geeinigt. Einerseits ein wichtiger Erfolg, andererseits bleibt der ausgehandelte Kompromiss weit hinter den Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz zurück.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass deutsche Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitenden ab 2023 verpflichtet werden, in ihren globalen Lieferketten die Menschenrechte zu achten und ökologische Risiken zu minimieren. Allerdings soll die Verantwortung abgestuft werden: Je weiter „unten“ in der Lieferkette, desto geringer sollen die Auflagen sein. Handelt es sich nicht um direkte Vertragspartner, muss nur „anlassbezogen“ ermittelt werden – also erst, wenn bereits Menschenrechtsverletzungen passiert sind. Das entspricht nicht dem Prinzip der Prävention der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Detailliertere Informationen und weitere Kritikpunkte am Gesetzesentwurf können Sie hier nachlesen.

Ab 22. April wird nun der Bundestag über das Lieferkettengesetz beraten. Die Abgeordneten haben dann die Möglichkeit, Nachbesserungen einzufordern. Dies ist aus unserer Sicht dringend notwendig. Wir finden: Ein Lieferkettengesetz muss entlang der gesamten Lieferkette präventiv wirken und die Rechte von Betroffenen stärken!

Der jetzige Entwurf wird dem nicht gerecht.

Daher ruft die ISP zusammen mit der Initiative Lieferkettengesetz zu einer neuen E-Mail-Aktion „Lieferkettenbrief" auf, um die Abgeordneten aufzufordern, sich für ein starkes Lieferkettengesetz einzusetzen.

Hier können Sie mitmachen!

Schattenpandemie: Zunehmende Gewalt gegen Frauen im Hinblick auf Straflosigkeit und COVID-19

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 nimmt die Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu. UN Women spricht deshalb von einer Schatten-Pandemie. Fest verankerte sozio-kulturelle Strukturen, die schon zuvor Gewalt gegen Frauen und Mädchen förderten, wurden durch die Pandemie verstärkt. Der erschwerte Zugang zu sozialen und medizinischen

Basisdienstleistungen und zur Justiz, eine größere Bedrohung durch Armut und die allgemeine Unsicherheit im Kontext der Pandemie wirken dabei als Katalysator. Häusliche Gewalt nimmt zu, Frauen sind physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt im eigenen Haushalt ausgesetzt. Gleichzeitig erzwingen Arbeitsplatzverlust und Ausgangsbeschränkungen mehr häusliche und räumliche Nähe, was es vielen Frauen erschwert, aus dem Überwachungsradius der Täter zu gelangen. Prekäre Arbeitsverhältnisse

und wachsende Frauenarmut verschärfen Abhängigkeits-verhältnisse und fördern so Gewalt gegen Frauen – sei es im eigenen Heim, auf der Straße oder am Arbeitsplatz.

Eingeschränkte Bewegungsfreiheit sowie dysfunktionale Institutionen erschweren es Frauen zusätzlich, medizinische oder juristische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dadurch werden existierende Mechanismen der Straflosigkeit für Gewalt gegen Frauen verstärkt.

Die Infostelle Peru ist Mitglied des Bündnisses Internationale Advocacy Netzwerke, das anlässlich des Internationalen Frauentages ein Fachgespräch mit Bundestagsabgeordneten veranstaltet und dazu ein aktuelles Hintergrundpapier über die Situation in den verschiedenen Ländern des Netzwerkes herausgegeben hat.

Corona und das Gesundheitssystem in Peru

Wo der Staat nicht präsent ist, schlägt die Stunde des bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagements

Die ISP hat gemeinsam mit dem Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg eine Online-Veranstaltung „Die Corona-Krise und das Gesundheitssystem in Peru“ veranstaltet. Liliana la Rosa, Dekanin des peruanischen Verbandes der Krankenschwestern und Krankenpfleger und ehemalige Ministerin für Entwicklung und Inklusion, und Lourdes Ninapayta, Leiterin eines pfarreilichen Gesundheitszentrums aus Ica, teilten ihre Erfahrungen in der Pandemie und skizzierten Umrisse eines veränderten Gesundheitswesen in Peru.

Einen kurzen Bericht über die Veranstaltung können Sie hier lesen.

Jahresbericht 2020 der Infostelle Peru

Hier finden Sie den Jahresbericht 2020 der Infostelle ISP_Jahresbericht 2020

14. Ankündigungen

Peru: Die Corona-Krise und ihre Folgen (Peru-Seminar online)

Freitag, 23. April 2021, 19 bis 21 Uhr, und Samstag 24. April, 14.00 bis 21.15 Uhr

Die Corona-Pandemie hat Peru besonders hart getroffen. Nach einer nur kurzen „Verschnaufpause“ nach dem ersten Lockdown ist die Situation inzwischen wieder dramatisch: Peru hat eine der höchsten Sterblichkeitsraten weltweit, es mangelt akut an Sauerstoff und Intensivbetten. Das Gesundheitssystem ist in der Krise kollabiert. Der Lockdown hat zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und trotz staatlicher Hilfsprogramme zu einer Verschärfung der Armut geführt. Indigene Völker im Amazonasgebiet sind besonders von der Corona-Krise betroffen. Das staatliche Gesundheitssystem ist hier völlig unzureichend.

Wir beschäftigen uns auf dem Seminar mit der aktuellen Situation, aber auch mit den Ursachen dafür, dass die Krise Peru besonders trifft: Das Gesundheitssystem ist seit Jahren wegen staatlicher Sparmaßnahmen unterfinanziert. Gute medizinische Versorgung ist privatisiert und teuer. In Peru sind 70% der Erwerbstätigen informell beschäftigt und ohne soziale Absicherung. Um die Wirtschaft möglichst schnell wieder anzukurbeln, wird die Extraktiv-Wirtschaft gefördert. Dafür werden auch Menschenrechts- und Umweltstandards gesenkt.

Aber es gibt auch unzählige Initiativen der Zivilgesellschaft, um die Versorgung mit dem Nötigsten zu organisieren. Auch hiervon werden wir berichten.

Wie immer geht es in dem Seminar auch um den Blick zu uns: Welches sind die globalen Ursachen dafür, dass Gesundheitssystem und Wirtschaft in Peru besonders stark getroffen sind? Was muss sich bei uns ändern? Wie reagiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf die Krise? Welche Initiativen zur Zusammenarbeit und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Peru gibt es bei uns und was können wir selber tun?

Mit Fabiola Torres von der Plattform Salud con lupa, Rocío Meza vom Instituto de Defensa Legal, Giancarlo Castiglione (Ökonom und Uni-Dozent), Pilar Arroyo vom Instituto Bartolomé de las Casas, Benjamin Back von der Deutschen Botschaft in Lima, Vertreter*innen indigener Organisationen und jungen Freiwilligen aus Peru.

Den Flyer mit Programm finden Sie hier ISP Seminar flyer neu. *(bitte noch verlinken)*

Eine Anmeldung ist noch bis 15. April an info@infostelle-peru.de möglich.

Mitgliederversammlung der ISP am 4. Mai

Unsere Mitgliederversammlung findet aus bekannten Gründen auch dieses Jahr wieder online statt, und zwar am Dienstag, 4. Mai, um 19 Uhr.

Online-Veranstaltung 5. Mai: Chinas Grossmacht - Hafenpolitik in Lateinamerika

Das Projekt zum Bau des größten Containerhafens Lateinamerikas in Peru

Vortrag und Diskussion am Mittwoch, den 5. Mai, 19 bis 20:30 Uhr mit Miriam Arce, Bürgerinitiative Chancay und Alejandro Chirinos, Cooperaccion

Sprache: Spanisch mit Simultanübersetzung

Anmeldung: info@infostelle-peru.de

15. Neue E-Mail-Aktion: Lieferkettenbrief an Abgeordnete schicken!

Nach der Einigung auf einen Entwurf für das Lieferkettengesetz im Kabinett Anfang des Monats wird der Bundestag im April über das Lieferkettengesetz beraten. Die Abgeordneten haben dann die Möglichkeit, Nachbesserungen einzufordern. Dies ist aus unserer Sicht dringend notwendig, denn der Wirtschaftsminister hat den Gesetzentwurf noch massiv abgeschwächt. Wir finden: Ein Lieferkettengesetz muss entlang der gesamten Lieferkette präventiv wirken und die Rechte von Betroffenen stärken! Der jetzige Entwurf wird dem nicht gerecht.

Daher ruft die Initiative Lieferkettengesetz zu einer neuen E-Mail-Aktion auf, um die Abgeordneten aufzufordern, sich für ein starkes Lieferkettengesetz einzusetzen.

Ein starkes Lieferkettengesetz, das bedeutet für uns, dass es

- Unternehmen dazu verpflichtet, proaktiv entlang ihrer gesamten Lieferkette Menschenrechts- und Umweltrisiken zu analysieren;
- die Rechte von Betroffenen durch eine zivilrechtliche Haftungsregelung stärkt;
- die Umwelt effektiv schützt;
- nicht nur die ganz großen, sondern alle relevanten Unternehmen erfasst.

Daher: Schicke den Abgeordneten aus deinem Wahlkreis unseren Lieferkettenbrief!

Das geht automatisch online:

- ☐ Abgeordnete des eigenen Wahlkreises über Postleitzahl finden und auswählen
- ☐ E-Mail(s) abschicken

Jetzt Lieferkettenbrief schicken

Oder mit Briefvorlage analog oder als E-Mail-Anhang:

- ☐ Briefvorlage (Word-Datei) herunterladen und ausdrucken
- ☐ Abgeordnete des eigenen Wahlkreises über obiges Tool mit PLZ finden (E-Mail-Adressen sind angegeben, Adressen über https://www.bundestag.de/abgeordnete zu finden.)
- ☐ Unterschreiben und per E-Mail oder per Post schicken oder im Wahlkreisbüro vorbeischauen

Briefvorlage Lieferkettenbrief

Mit Ihrer Hilfe wird aus dem Lieferkettengesetz hoffentlich doch noch der dringend benötigte große Wurf!

ACHTUNG: Unsere Briefvorlage weist die Abgeordneten auf Beispiele aus Peru hin. Diese fehlen bei der Online-Aktion!

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.